

**MATERIAL**



**Workshop "50 Kommunale  
Klimapartnerschaften bis  
2015"**

**Dokumentation**

Im Auftrag des

**BMZ**



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

50 Jahre  
Wir machen Zukunft.  
Machen Sie mit.

**Nr. 47**

**Impressum:**

Herausgeber:

GIZ GmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.  
Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn  
Fon ++49/228/4460-1600, Fax++49/228/4460-1601,  
[info@service-eine-welt.de](mailto:info@service-eine-welt.de), [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)  
V.i.s.d.P.: Anita Reddy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 47

Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy, Dr. Klaus Reuter (LAG 21 NRW e.V.)

Texte: Katja Bottin (LAG 21 NRW e.V.)

Redaktion: Katja Bottin (LAG 21 NRW e.V.), Dortmund; Dr. Stefan Wilhelmy (SKEW)

Fotos: Dominik Schmitz

Titelgestaltung: dreimalig, Köln

Druck: MediaCologne Kommunikationsmedien GmbH, Hürth  
100% Recyclingpapier, RecyMago

Produktionsnummer: 7.01-0005-2011

Bonn, Juni 2011

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.  
Die Reihe "Material" wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
sowie die Bundesländer  
Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

*Workshop "50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015"*

Dokumentation

---



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	6
Abbildungsverzeichnis.....	6
Vorwort.....	7
1. Zielstellung und Erwartung.....	9
2. Eröffnung der Veranstaltung.....	11
3. Vorträge.....	13
3.1 Vom Verhandeln zum Handeln. Klima- und Entwicklungspolitik nach Kopenhagen.....	13
3.2 Globale und lokale Herausforderungen des Klimawandels.....	15
3.3 Fragen und Diskussionen.....	17
4. Input: Vorstellung des Projektes "50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015".....	19
4.1. Diskussion.....	23
5. Vorstellung zweier städtepartnerschaftlicher Beziehungen der Stadt Bonn mit Buchara (Usbekistan) und Cape Coast (Ghana).....	25
5.1 Zusammenfassung der Vorstellung der Projektpartnerschaft Bonn-Buchara.....	25
5.2 Zusammenfassung der Vorstellung der Projektpartnerschaft Bonn-Cape Coast.....	27
5.3 Fragen und Diskussion.....	29
6. Arbeitsgruppen.....	31
6.1. AG 1 Was können die Kommunen in eine Klimapartnerschaft einbringen? Was brauchen die Kommunen an Unterstützung für den Aufbau von Klimapartnerschaften?.....	31
6.2 AG 2 Wie lässt sich die Kooperation der Bereiche kommunaler Klimaschutz und internationale Partnerschaften innerhalb der Kommunalverwaltungen gestalten?.....	32
6.3 AG 3 Wie lässt sich die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Nichtregierungsgruppen im Rahmen der Klimapartnerschaften intensivieren?.....	34
7. Ausblick.....	37
8. Schlusswort.....	39
Anhang	
Programm.....	41
Publikationen.....	43

---

## Abkürzungsverzeichnis:

BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BUKO	Bundeskongress der Kommunen und Initiativen Deutschland
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
CDM	Clean Development Mechanism
DLT	Deutscher Landkreistag
DST	Deutscher Städtetag
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund
eed	Evangelischer Entwicklungsdienst
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FEB	Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung
GHD	Gewerbe Handel Dienstleistungen
GIZ	Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
ICLEI	International Association Local Governments for Sustainability
KEZ	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
KEPol	Kommunale Entwicklungspolitik
LAG 21 NRW	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
MDG	Millennium Development Goals
NRO	Nichtregierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
SPICE	Schools Partnership to Improve the Conservation of Energy
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change

## Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Sektoren und Themenmatrix zur Entwicklung von kommunalen Klimaschutz;  
Quelle: LAG 21 NRW e.V. .... 19

## Vorwort

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wir freuen uns Ihnen mit dieser Zusammenfassung die Ergebnisse des Workshops "50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015" vom 22. Juni 2010 in Bonn vorlegen zu können. An diesem Tag wurde das Pilotprojekt der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der GIZ GmbH gemeinsam mit dem Kooperationspartner Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. vorgestellt und diskutiert. Mit dabei waren Gäste aus den Bonner Partnerstädten Cape Coast in Ghana und Bucharu in Usbekistan.

Eine Verminderung der Treibhausgas-Emissionen und Anpassungen an den Klimawandel sind für Kommunen im Norden und im Süden zu zentralen Aufgaben geworden. Die Hälfte der Menschheit lebt in Städten, die rund 70 Prozent der weltweiten Treibhausgase emittieren. Als Teil des Problems bieten sie aber gleichzeitig als Handlungsort vieler Akteure die größten Lösungsmöglichkeiten. Global denken und lokal handeln – dieser Grundgedanke der weltweiten Agenda-21-Bewegung bestimmte auch die Diskussionen des Workshops. Oft war dabei von einem dringend notwendigen Kurswechsel die Rede unter dem Motto: Besser! Anders! Weniger! Was für den Klimaschutz allgemein gilt, lässt sich auch auf bestehende Städtepartnerschaften mit Entwicklungsländern übertragen: Ein besserer Austausch auf Augenhöhe ist notwendig, andere Beschäftigungsfelder müssen bearbeitet und gemeinsam weniger Treibhausgase freigesetzt werden. Es gibt schon viele jahrzehntelange Beziehungen, aber nur wenige, die sich systematisch mit dem Austausch von fachlichem Wissen und praktischen Expertenerfahrungen zum Klimawandel beschäftigen. Doch gerade hier schlummern noch enorme Kräfte. Die von der Servicestelle beauftragte Vorstudie zum Projekt hat ergeben, dass ein großes Potential für den Aufbau von Klimapartnerschaften zwischen deutschen Kommunen und deren Partnerstädten im Süden und Osten vorhanden ist. Von über 225 deutschen Städten, die eine Städteverbindung zu einem Entwicklungs- und Schwellenland pflegen, weisen 122 Kommunen zudem bereits Aktivitäten im Bereich Klimaschutz auf. Hier gilt es neu anzusetzen. Bis zum Jahr 2015 wollen wir als Servicestelle gemeinsam mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft 50 Klimapartnerschaften ins Leben rufen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) und der SKEW ist wegweisend. In der LAG 21 NRW e.V. ist ein Netzwerk von Kommunen vertreten, die sich intensiv mit Umweltthemen auseinandersetzen und die SKEW ist seit Jahren Vorreiter in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ verbindet diese Voraussetzungen. Der Bonner Workshop hat darüber hinaus deutlich gemacht, wie viel Herzblut und Engagement von jedem einzelnen Aktiven eingebracht werden kann und muss. Eins wurde klar: Klimapartnerschaften können nicht nur aus technischer Zusammenarbeit bestehen, sondern müssen mit Leben erfüllt werden.

Dafür bedanke ich mich bei allen Beteiligten und wünsche dem Projekt weiterhin vollen Erfolg!

Ihre Anita Reddy



Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt



## 1. Zielstellung und Erwartung

Siebzig Vertreterinnen und Vertreter aus den Fachgebieten Umwelt, Klimaschutz, Klimaanpassung und Städtepartnerschaften aus deutschen Kommunen und Akteure aus den Partnerschaftsvereinen nahmen am Workshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ teil, um gemeinsam mit Akteuren aus Nichtregierungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit Ziele, Erwartungen und Möglichkeiten für den Aufbau einer Klimapartnerschaft zu diskutieren.

Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ möchte Prozesse anregen, die deutschen Kommunen und ihren jeweiligen Partnerkommunen aus Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen, gemeinsam eine strategische und langfristig orientierte Klimapartnerschaft aufzubauen.

Das Ziel des Auftaktworkshops war es, das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ vorzustellen und erste Schritte zur Umsetzung der Projektidee mit den Teilnehmer/-innen anzugehen. Der Workshop bot zudem vielfältige Möglichkeiten, die Ideen der Verwaltungsmitarbeiter und Mitarbeiterinnen deutscher Kommunen in die Projektkonzeption einfließen zu lassen und in Arbeitsgruppen Ansatzpunkte zu diskutieren sowie die Südsicht anhand der vorgestellten Städtepartnerschaften Bonn-Cape Coast und Bonn-Buchara zu reflektieren.

Die Grundlage für den Workshop lieferte die Vorstudie 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015, die von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) im Auftrag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) durchgeführt wurde. Detaillierte Informationen zur Vorstudie finden Sie in Kapitel 4 der vorliegenden Dokumentation. Die Studie steht zum Download als Material Nr. 42 zur Verfügung und kann als Druckexemplar bei der SKEW bestellt werden.<sup>1</sup>

### **Gemeinsame Ideen schmieden und offene Fragen klären**

Durch die Studie haben sich neben dem grundlegenden Ergebnis, dass ein großes Potential an mitmachwilligen Akteuren für die anvisierte Umsetzung des Projektziels vorhanden ist, weitere Diskussionspunkte ergeben:

1. Für den Aufbau von Klimapartnerschaften zwischen deutschen Kommunen und Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern ist es zukünftig eine wichtige Aufgabe genau herauszufiltern, was die Kommunen selbst in die Partnerschaft an Know-how und Kenntnissen im Bereich Klimaschutz und Anpassung einbringen können und welche Unterstützung sie für den Aufbau einer Partnerschaft von außen zusätzlich benötigen.

2. Die Zuständigkeiten innerhalb der Kommunen zur Betreuung zukünftiger Klimapartnerschaften sind häufig unklar. Die Städtepartnerschaften sind entweder im Bereich Internationales oder Kultur verankert oder werden von der Kommune unabhängig von einem Partnerschaftsverein betreut. Projektpartnerschaften, die konkrete Projekte zu Themengebieten des Klimaschutzes und der Anpassung durchführen, sind noch selten und in der Regel im Umweltreferat oder einem gleichgestellten Referat angesiedelt. Für den Aufbau von Klimapartnerschaften ist dadurch eine besondere Herausforderung gegeben, die Kooperation der Bereiche kommunaler Klimaschutz und internationaler Partnerschaften gemeinsam innerhalb der Kommunalverwaltung zu gestalten. Der Integration von Erfahrungen aus den Nichtregierungsorganisationen im Bereich Partnerschaftsarbeit oder in der Entwicklungszusammenarbeit kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

---

<sup>1</sup> Erhältlich als Download oder zur Bestellung als Druckexemplar unter: [http://www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html#h2\\_Schriftenreihe-Material](http://www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html#h2_Schriftenreihe-Material) , letzter Zugriff: 05.02.2011

Im Workshop wurden diese Themen in Arbeitsgruppen dezidiert besprochen, um gemeinsame Lösungen für die weitere Projektkonzipierung von Anfang an zu gewährleisten.

Das Rahmenprogramm war darauf ausgerichtet, dass es vor der Diskussion in den Arbeitsgruppen eine ausführlichere Darstellung des Themengebietes rund um Klimapartnerschaften gab. Zum einen durch einen Vortrag aus der politischen Perspektive durch einen Vertreter des BMZ, zum anderen aus wissenschaftlicher Perspektive mit einem Vortrag durch eine Vertreterin des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, der die Dringlichkeit aufzeigte, mit der dem Klimawandel zukünftig zu begegnen ist.

Eine Besonderheit des Tages war, dass zwei Städtepartnerschaften der Stadt Bonn vorgestellt wurden. Jeweils zwei Vertreter/-innen aus Bucharra (Usbekistan) und aus Cape Coast (Ghana) waren eingeladen und stellten ihre bestehenden Partnerschaftsprojekte vor bzw. äußerten sich zu ihren Wünschen an die bestehende Partnerschaft. Sie nahmen aktiv am Workshop teil und brachten ihre Sichtweise für den Aufbau von Klimapartnerschaften mit ein.

Die Vorträge, anschließende Diskussionen und die Ergebnisse der Workshops sind in der vorliegenden Dokumentation für sie zusammengestellt worden.

---

## 2. Eröffnung der Veranstaltung

### Zusammenfassung des Grußwortes der Bürgermeisterin der Stadt Bonn, Angelica Maria Kappel



Die Bürgermeisterin der Stadt Bonn, Angelica Maria Kappel, zeigt sich erfreut den Auftakt des ersten Workshops „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ übernehmen zu dürfen. In ihrem Grußwort weist die Bürgermeisterin besonders daraufhin, dass die Städte und Kommunen in den nächsten Jahren vor großen Handlungsherausforderungen durch den Klimawandel stehen. Sie ist davon überzeugt, dass lokales Handeln gefordert ist und dass lokale Ziele gesetzt werden müssen, um Ergebnisse auch lokal spürbar zu machen.

Sie ist deswegen sehr froh, dass das Thema Klimawandel in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eine stärkere Bedeutung erhält und damit dem Dialog zu themenorientierter und dezentraler Entwicklungszusammenarbeit eine Plattform eröffnet. In diesem Sinne dankt sie der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, der Abteilungsleiterin Anita Reddy und dem zuständigen Projektleiter Dr. Stefan Wilhelmy, die seit Jahren die themenorientierte kommunale Entwicklungszusammenarbeit unterstützt.

Bonn selbst ist eine Stadt mit einer Vielzahl an Akteuren, die im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung zusammenarbeiten – in der UN, im Bonner Cluster für Nachhaltigkeit etc. – und dadurch ein guter Ort, um sich mit kommunaler Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung zu beschäftigen. Wie Frau Kappel treffend feststellt: „Das Thema Klima beschäftigt uns alle!“ Es gibt auch in Städtenetzwerken einen neuen Fokus auf das Klimathema, wie im Projekt „Resilient Cities“ von ICLEI<sup>2</sup>. Die Stadt Bonn selbst ist seit Jahren aktiv, im Jahr 2007 wurde das Klimaaktionsprogramm verabschiedet, für das die Stadt den European Energy Award in Gold erhalten hat. Derzeit pflegt Bonn zudem sechs Projektpartnerschaften<sup>3</sup>. Mit Bucharra gibt es eine jahrelange Zusammenarbeit und gemeinsam mit der Emilie-Heyermann Realschule wurde das sehr erfolgreiche Klimaprojekt „SPICE“<sup>4</sup> umgesetzt, das später ausführlich von den Akteuren selbst erläutert wird. Cape Coast ist die jüngste bestehende Projektpartnerschaft und hier sind noch viele Themen offen. Klima, Bildung aber auch Genderaspekte sind für die Stadt Bonn von Interesse. Eine Klimapartnerschaft ist für sie, mit dem Hintergrund der Erfahrungen in der Stadt Bonn, auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung und Frau Kappel wünscht der Veranstaltung einen guten Verlauf und dem Projekt viel Erfolg.

---

<sup>2</sup> ICLEI: <http://resilient-cities.iclei.org/bonn2010/>, letzter Zugriff: 03.10.2010

<sup>3</sup>[http://www.bonn.de/wirtschaft\\_wissenschaft\\_internationales/internationale\\_aktivitaeten/projektpartnerschaften/index.html?lang=d](http://www.bonn.de/wirtschaft_wissenschaft_internationales/internationale_aktivitaeten/projektpartnerschaften/index.html?lang=d)  
e, letzter Zugriff: 03.10.2010

<sup>4</sup> <http://www.spice.bonn.de/>, letzter Zugriff: 03.10.2010

## Zusammenfassung des Grußwortes der Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Anita Reddy



Frau Reddy bedankt sich bei Frau Kappel und stellt fest, dass die Stadt Bonn als Ort der Auftaktsveranstaltung in doppelter Hinsicht sehr gut geeignet ist, da sie neben dem breiten Netzwerk an Akteuren und Institutionen auch gleichzeitig als ein gutes Vorbild funktionierender Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern fungiert.

Bonn trägt zudem einen erheblichen Anteil an der Weiterverfolgung der Projektidee, weil beide Partnerstädte für den Workshop gewonnen werden konnten. Sie begrüßt die internationalen Gäste aus den Partnerstädten Cape Coast, Ghana und Buchara, Usbekistan. Dann dankt sie Herrn Dr. Paust (Hauptgeschäftsführer der InWEnt gGmbH) für die Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit im Themengebiet des Klimaschutzes und der Klimaanpassung durch die InWEnt Klimastrategie<sup>5</sup>. Die Zusammenarbeit zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) und der SKEW ist wegweisend. In der LAG 21 NRW e.V. ist ein Netzwerk von Kommunen verortet, die sich mit Umweltthemen intensiv auseinandersetzen und die SKEW ist seit Jahren Vorreiter in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Die SKEW ist nicht nur ein Kompetenzzentrum, das Beratung, Weiterbildung und Dialoge hervorbringt, sondern auch Erfahrungen in Modellprojekten besitzt. Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ hat demnach sehr gute Voraussetzungen. Durch die InWEnt können grundsätzlich Weiterbildungs- und Entwicklungsprogramme eingespeist werden, Kollegen und Kolleginnen, die ihre Expertise mit einbringen möchten heißt Frau Reddy herzlich Willkommen. Sie wünscht allen Teilnehmenden einen spannenden und erfolgreichen Workshop.

---

<sup>5</sup> <http://www.gtz.de/de/themen/28753.htm>

### 3. Vorträge

#### 3.1 Vom Verhandeln zum Handeln. Klima- und Entwicklungspolitik nach Kopenhagen

##### Zusammenfassung des Referats von Matthias Seiche, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)



Herr Seiche bedankt sich für die Einladung bei der Stadt Bonn und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Den Titel „Vom Verhandeln zum Handeln. Klima- und Entwicklungspolitik nach Kopenhagen“ hat er gewählt, um die mutlose Stimmung wiederzugeben, die nach dem Klimagipfel in Kopenhagen in weiten Kreisen der Verhandelnden und Handelnden im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung aufgetreten ist. Die Verhandlungen haben die hohen Erwartungen nicht erfüllt. Das BMZ selbst als verhandelnde Institution, wird das Ziel die Klimaerwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten, trotz des Misserfolges von Kopenhagen nicht aufgegeben.

Die Frage, woran das Scheitern festzumachen ist, beantwortete Herr Seiche mit den vorhandenen Interessensunterschieden weltweit. Die internationale Ebene wollte Entscheidungen treffen, die auf nationaler Ebene noch nicht durchgesetzt sind. Die Entwicklung der Klimaschutzgesetze war in den USA nicht abgeschlossen und Barack Obama konnte seine ursprünglichen Versprechungen nicht einhalten. In Kopenhagen hatte Obama letztendlich noch kein ausreichendes Mandat, um verbindliche Ziele zu beschließen. Ein weiterer Faktor der erfolglosen Verhandlungen war, dass die Schwellenländer mit einem erstarkten Selbstbewusstsein in die Verhandlungen getreten sind. Sie befürchten, dass die Unterzeichnung der Klimarahmenkonvention eine Begrenzung des Wirtschaftswachstums bedeutet hätte und haben diesen Schritt deswegen abgelehnt.

Die Klimarahmenkonvention ist veraltet, sie wurde 1992 mit der Agenda 21 verabschiedet, zu diesem Zeitpunkt herrschten weltweit noch andere Rahmenbedingungen. Die Klimarahmenkonvention ist sehr klar getrennt zwischen Industriestaaten-Verpflichtungen und den Verpflichtungen der Schwellenländer. Im Kyoto-Protokoll sind die Industriestaaten verpflichtet verbindliche Minderungsziele einzuhalten. Mit einer klaren Abstufung der Entwicklungsländer, die freiwillig die Minderungsziele einhalten können und durch die Industrieländer dafür finanzielle Unterstützung erhalten sollen. Die Solidarität durch die G77 Länder hat nun dazu geführt, dass lediglich ein nicht rechtsverbindlicher Text gefunden wurde. In den nächsten beiden Verhandlungen, in Mexiko und Südafrika, werden die Aushandlungsprozesse fortgeführt und alles versucht, eine rechtsverbindliche Vereinbarung zu finden. Tragisch am Nichterfolg des Kopenhagen-Gipfels ist,

dass die armen Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern am meisten an den Folgen des Klimawandels leiden. Gerade die Landbevölkerung, die abhängig von der Subsistenzwirtschaft ist, leidet unter zunehmenden Dürreperioden und Überschwemmungen. Aber auch die Millionen Menschen in den Slums sind nicht vorbereitet auf eine Zunahme von Wirbelstürmen oder Überschwemmungen.

Das BMZ sieht die Unterstützung auf allen Ebenen als dringende Notwendigkeit an. Die Arbeit des BMZ und der vielen Partner in Deutschland ist mehr denn je gefordert, an einem Strang zu ziehen.

Der Klimawandel ist für das BMZ längst kein neues Thema. Die konkrete Zusammenarbeit der Entwicklungsinstitutionen weltweit wird durch bilaterale und multilaterale Verhandlungen weiter verstärkt werden. In der Strategie des BMZ gehören Klimawandel und Entwicklung zusammen, es sind zwei Seiten einer Medaille. Separate Anpassungsprojekte sind aus Sicht des BMZ in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Beispielsweise ist das Thema „Ernährungssicherung“ als eines der ältesten Themen der Entwicklungszusammenarbeit durch den Klimawandel noch bedeutender geworden. Die klimatischen Veränderungen gefährden die Ernährungssicherheit weltweit drastisch und nehmen rasant zu. Ein zentrales Ziel ist ein klimaverträglicher Entwicklungspfad mit stetiger Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

Der Zugang zu erneuerbaren Energien bedeutet auch Zugang zu moderner und sauberer Energie. Die Unterstützungsleistungen durch das BMZ sind im letzten Jahrzehnt kontinuierlich angewachsen. Förderungen über eine Milliarde Euro in den Bereichen Erneuerbare Energien (z.B. Geothermie in Kenia), Energieeffizienz (z.B. China) und Waldschutz (Schutz und Nutzung, z.B. an der Elfenbeinküste oder in Vietnam) wurden vergeben.

Herr Seiche beschreibt ein interessantes Beispiel zum Ökotourismus: Ein einziger Gorilla im Kongo erzeugt bis zu eine Millionen Dollar Wertschöpfung pro Jahr, wenn man ihn dort leben lässt. Denn der Wald wird geschützt und durch Ökotourismus fließt Geld in die Region.

Im Bereich Anpassung liegt im BMZ ein Schwerpunkt auf dem Wassersektor. Dabei werden die Entwicklungsziele an die Ver- und Entsorgung geknüpft, immer mit Blick in die Zukunft auf die Wasserverfügbarkeit weltweit sowie eine effiziente Gestaltung des Wasserverbrauchs. Herr Seiche macht dennoch die Feststellung, dass die Herausforderungen größer sind, als weltweit Finanzmittel zur Verfügung stehen. Allein um die Energieversorgung weltweit klimaverträglich zu gestalten, wären rund zehntausend Milliarden US-Dollar nötig. Die Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen kann derzeit über Kredite der KfW mit Re-Finanzierungsmöglichkeiten gekoppelt werden. Anpassungsmaßnahmen weltweit müssen mit Zuschüssen ohne Re-Finanzierungen gestützt werden. Ein weiterer Handlungsbereich des BMZ ist die Weiterentwicklung des Kohlenstoffmarktes.

Zur Rolle der Kommunen benennt Herr Seiche den BMZ-Schwerpunkt der Dezentralisierung. Die Aufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit ist es, Kommunen in den Partnerländern fit zu machen, sie personell und finanziell mit dem nötigen Know-how auszustatten, das vor allem auch für Klimaschutz und Klimaanpassung auf lokaler Ebene notwendig ist. Dafür ist auch eine funktionierende Verwaltung notwendig. Diese ist meistens dann gewährleistet, wenn es eine gute Regierungsführung gibt, genügend Transparenz und wenn Korruption erfolgreich bekämpft wird sowie die Teilhabe der Menschen an öffentlichen Entscheidungen möglich ist.

Herr Seiche wünscht den Teilnehmern und Teilnehmer/-innen zum Abschluss, dass viele Klimapartnerschaften mit dem Workshop auf den Weg gebracht werden können.

### 3.2 Globale und lokale Herausforderungen des Klimawandels

#### Zusammenfassung des Vortrags von Dr. Susanne Böhler-Bädeker, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie



Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie forscht seit 1991 zu den globalen und lokalen Herausforderungen des Klimawandels. Im Buch „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, herausgegeben vom Wuppertal Institut im Jahr 2008, sind die Kernaussagen drastisch. Wir haben eine Zunahme des Klimawandels, uns erwarten Hungerkrisen, Rohstoffknappheit sowie zunehmende Naturzerstörungen. Ein Kurswechsel ist dringend nötig. Dabei ist die Strategie: Besser! Anders! Weniger! zwingend notwendig. Den Kommunen weltweit kommt dabei eine tragende Rolle zu. Die Hälfte der Menschheit lebt in Städten, die Entwicklungs- und Schwellenländer haben ein starkes Städtewachstum, zudem werden in den Städten rund 70% der Treibhausgase emittiert. Die Städte sind somit Teil des Problems, bieten aber gleichzeitig als Handlungsort vieler Akteure die größten Lösungsmöglichkeiten an. Der Klimabericht des Weltklimarates (IPCC) der letzten Jahre zeigt deutlich, dass der Klimawandel auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist. Der Temperaturanstieg durch den Anstieg von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre führt zu Extremwetterereignissen wie Hitzewellen und Starkregen und zum Schmelzen der Eiskappen an den Polen, verbunden mit katastrophalen Auswirkungen, insbesondere für die arme Weltbevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Auch Europa hat mit zunehmenden Hitzewellen zu kämpfen. Im Jahr 2003 gab es rund 35.000 Hitzetote. Das 2-Grad-Celsius Ziel muss weiter verfolgt werden.

Die Erdölverknappung ist ein zweites Problem. Es ist mittlerweile immer aufwendiger an Erdöl zu gelangen, die Ölpreise werden in den nächsten Jahrzehnten unabwendbar steigen.

Um mit den Herausforderungen umzugehen, gibt es in der Klimapolitik zwei Strategien. Zum einen die Adaption, das heißt, die Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anzugehen. Zum anderen die Mitigation, die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses, voranzubringen. Ein Problem bei der Zielerreichung ist es, dass die Schere zwischen den Ländern weltweit immer größer wird. 25 % der Weltbevölkerung verfügen über 75% des globalen Einkommens, 40% der Weltbevölkerung (2,7 Mrd.) müssen mit weniger als 2 US \$ pro Tag auskommen, 15% der Weltbevölkerung (1,1 Mrd.) mit weniger als 1 US \$ pro Tag. Die Polarisierung findet zum einen zwischen den Nationen statt, aber auch innerhalb der Länder gibt es einen Trend, der Arm und Reich weiter auseinander bringt.

Folgende Handlungsmöglichkeiten sollten deswegen stringent weiter verfolgt werden:

Die Internationale Klimapolitik muss ehrgeizig weiterentwickelt werden und eine Halbierung der weltweiten Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 (bezogen auf 1990) muss als Ziel beibehalten werden. Vor allem sollte der Klimaschutz als Querschnittsthema in der Entwicklungszusammenarbeit verankert werden. Ein forcierter Ausbau von Technologiekooperationen und Technologietransfers (ein Mittel hierzu: "Clean Development Mechanism (CDM)-Projekte") sowie Mittel für die Anpassung in den am geringsten entwickelten Ländern sollten bereitgestellt werden, z.B. im UNFCCC Adaptation Fond. Diese Zielsetzungen gibt es auf allen Ebenen, jedoch sind die Verbindlichkeiten unterschiedlich geregelt. Teilweise werden freiwillige Aktionen verfolgt, wie z.B. das Klima-Bündnis auf kommunaler Ebene.

Wie soll gehandelt werden? Das Leitbild eines „ökologischen Wohlstandes“ ist: Eine Entkopplung von Effizienz, Suffizienz und Konsistenz. Effizienz meint in diesem Sinne: Besser machen. Konsistenz impliziert, die Dinge anders anzugehen als bisher und Suffizienz meint, dass weniger mehr ist, hierbei geht es vor allem um Konsum- und Lebensmuster und insgesamt um ein nachhaltiges Produzieren und Konsumieren. Städte sind wichtige Akteure im Bereich Klimaschutz: Sie können den Energieverbrauch von Gebäuden, Beleuchtungen und des Verkehrssystems senken. Sie können durch Abfallmanagement Ressourcen effizienter nutzen. Sie können durch Freiraumplanung das Stadtklima verbessern. Sie können erneuerbare Energien produzieren oder beziehen.

Städtepartnerschaften können zudem auf einer anderen Ebene gezielte Projekte umsetzen. Hier stellen CDM-Projekte ein Beispiel für Partnerschaften dar, die aktiv in der Bekämpfung des Klimawandel sind. Das Kyoto-Protokoll erlaubt es den Unterzeichnerstaaten, die sich zu einer Emissionsreduktion verpflichtet haben, ihre Zielvorgaben auch über Klimaschutzprojekte im Ausland zu erfüllen. In Frage kommen dafür Maßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Multilaterale Initiativen bieten Plattformen und Dialogformen an. Aber auch Kirchenpartnerschaften sind ein wichtiger Ansprechpartner im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung. In Deutschland gibt es viele Kirchengemeinden, die seit vielen Jahren Partnerschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern pflegen. Beispielsweise hat der Evangelische Kirchenkreis Schlüchtern (Hessen) eine Partnergemeinde in Tansania, in der unter anderem eine Fotovoltaikanlage für die Stromversorgung einer Klinik umgesetzt wurde. Die Beratung fand durch lokale NRO vor Ort statt. Die Finanzierung wurde zu 50% durch die Gemeinden im Kirchenkreis Schlüchtern getragen, die weiteren 50% wurden durch den Evangelischen Entwicklungsdienst (eed) finanziert.

Durch diese Projekte erfahren Bürgergruppen, wie sie weltumspannend miteinander verbunden sind und sich lokal aktiv für zukunftsfähige Entwicklung engagieren können. Kirchen sind demnach wichtige Partner für das Projekt.

Für den Aufbau von Klimapartnerschaften ist es besonders wichtig, auf gleicher Augenhöhe zu kommunizieren. Frau Böhler wünscht den Anwesenden viel Erfolg im Angehen der dringlichsten Probleme.

### 3.3 Diskussion der Vorträge

Die Bedeutung des „Besser!, Anders!, Weniger!“ aus dem Vortrag von Frau Dr. Böhler-Bädeker wurde aufgegriffen. Die Anwesenden stellten fest, dass ein Weniger! allein nicht ausreicht und dass jeder Einzelne seine Handlungen hinsichtlich seines Konsums hinterfragen muss. Ein Weniger muss in erster Linie bedeuten, andere Produktionsformen zu entwickeln, die von Beginn an auf die Verknappung der Rohstoffe ausgerichtet ist.

Die Vorteile und der Nutzen von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen müssten im Dialog auf allen Ebenen stärker herausgestellt und kommuniziert werden. Für die Klimapartnerschaften ist die Frage der ökonomischen Aspekte für den Aufbau von Kooperationen von besonderer Bedeutung. Die Städte und Akteure sind an Maßnahmen interessiert, die Einsparpotentiale aufweisen. Die wirtschaftliche Komponente innerhalb des Projektes und die damit verbundenen Chancen, die die Klimapartnerschaften auch für die Südpartner erzeugen können, gerade im Bereich Erneuerbare Energien, müssten in diesem Falle besonders unterstrichen werden. Der zu leistende Transformationsprozess kann innerhalb der Klimapartnerschaften als lokale Chance genutzt werden. Die deutschen Kommunen sollten dafür Sorge tragen, den Transformationsprozess gerecht umzusetzen und gerade die wirtschaftliche Dimension, wie Veränderungen der Mobilität und Implementierung Erneuerbarer Energieträger in den Entwicklungsländern anzustoßen und die Partnerkommunen bei der Umsetzung unterstützen.

Von einigen Teilnehmern wurde gewünscht, dass das politische und ökonomische Grundsatzproblem im Workshop mit diskutiert werden soll. Zum einen gibt es einen erheblichen Widerstand in den Teilen der Industrie gegen bestimmte Klimaschutz oder Anpassungsmaßnahmen. Auf der anderen Seite zeigt sich auch die Bereitschaft der Unternehmen mitzudenken. Die Frage, die sich dann immer wieder stelle sei: Was macht es für Unternehmen attraktiv, sich an Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zu beteiligen?

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Städte im Rahmen von Kooperationen mit Ländern des Südens eine Vorbildfunktion übernehmen können und den Unternehmen zeigen, dass es auch anders geht. Die ortsansässigen Unternehmen können in eine Klimapartnerschaft eingebunden werden. Wenn die Städte eine Klimapartnerschaft in Kooperation mit einem Unternehmen planen, können sie vorab diskutieren, welche Maßnahmen bei ihnen geeignet sind oder welche Strukturen hinderlich sind. Diese Faktoren müssen jeweils vor Ort ausgehandelt werden. Die Einbettung und die Einflussnahme der Kommune muss bei dieser Form der Kooperation besondere Aufmerksamkeit erhalten.



## 4. Vorstellung des Projektes "50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015"

### Zusammenfassung der Projektdarstellung durch Dr. Stefan Wilhelmy (SKEW) und Dr. Klaus Reuter (LAG 21 NRW e.V.)

Die Projektleiter Dr. Stefan Wilhelmy und Dr. Klaus Reuter freuen sich über die hohe Beteiligung und bedanken sich für das rege Interesse am Auftakt des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“.



Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer LAG 21 NRW e.V.

Die Besonderheit des Projektes ist die Zusammenarbeit zwischen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt mit einer Nichtregierungsorganisation, der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. Die SKEW besitzt ein breit gefächertes Know-how in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, die LAG 21 NRW ist das lokale Nachhaltigkeitsnetzwerk vieler deutscher Kommunen. Zudem arbeiten SKEW und LAG 21 seit Jahren an der Schnittstelle zwischen Kommunen und NRO. Eine Zusammenarbeit dieser beiden Organisationen erscheint somit von Anfang an für das Projekt sehr viel versprechend.

Ausgangspunkt des Projektes ist die 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen, die im Jahr 2009 unter dem Titel „Herausforderung: Klimawandel“ in München stattfand. Unter anderem beschlossen die Teilnehmer/-innen in einer Abschlusserklärung<sup>6</sup> das Ziel „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ aufzubauen. Der SKEW und der LAG 21 ist es ein wichtiges

Anliegen, das Ziel aufzugreifen und voranzubringen, dadurch können nationale und nationale Zeichen für eine internationale Entwicklungszusammenarbeit zum Klimawandel gesetzt werden.

Die Projektvorbereitung wurde durch Sondierungsgespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt. Klaus Reuter und Stefan Wilhelmy freuen sich sehr, dass der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag als Unterstützer gewonnen werden konnten. Der Deutsche Städtetag hat im Mai 2010 einen Präsidiumsbeschluss zur Unterstützung des Projektes verfasst.

Die Kooperationspartner SKEW und LAG 21 entwickelten zu Projektbeginn gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden Fragen, die in einer Vorstudie analysiert werden sollten.

Die Grundfragen der Vorstudie waren:

- Sind genügend Kommunen in Deutschland zu finden, die qualifiziert genug sind, Klimapartnerschaften umsetzen zu können? Die Auswahl wurde getroffen nach folgenden Fragestellungen: Welche Kommunen pflegen eine Städtepartnerschaft oder Projektpartnerschaft mit einem Entwicklungs- und Schwellenland? Welche Kommunen sind zusätzlich aktiv in Netzwerken zu Klimaschutz und Klimaanpassungsthemen? Welche Kommunen erfüllen bestimmte Klimaschutzkriterien, z.B.: Auszeichnung im European Energy Award, Covenant of Mayor, Unterzeichner der Millennium Development Goals?
- Wie kann das vielfältig vorhandene Wissen der deutschen NGO, die in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, hilfreich in das Projekt integriert werden?

<sup>6</sup> Download und Bestellmöglichkeit der Dokumentation unter: <http://www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html#h4> Bundeskonferenzen-der-Kommunen-und-Initiativen, letzter Zugriff: 05.02.2011

- Welche inhaltlichen Schwerpunkte kämen für eine Klimapartnerschaft in Frage?
- Welche Kapazitäten haben die Kommunen für den Aufbau einer Klimapartnerschaft?
- Wo können Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden?

Nachfolgend werden zentrale Ergebnisse im Überblick dargestellt, die Vorstudie ist als Material Nr. 42 erschienen<sup>7</sup>.

Die Vorstudie hat ergeben, dass ein großes Potential für den Aufbau von Klimapartnerschaften zwischen deutschen Kommunen und deren Partnerstädten im Süden und Osten vorhanden ist. Von über 225 deutschen Städten, die eine Städteverbindung zu einem Entwicklungs- und Schwellenland pflegen, weisen 122 Kommunen zudem Aktivitäten im Bereich Klimaschutz auf. Sie können Klimaplus Kommune sein, den European Energy Award erhalten haben oder Mitglied in einem Klimabündnis sein. Von diesen 122 sind 68 Kommunen besonders aktiv, das heißt, sie sind in mehreren Bündnissen oder haben verschiedene Klimaschutzziele unterzeichnet. Diese 68 Kommunen wurden zunächst auf den ersten Workshop eingeladen, da dort vermutlich die größte Anschlussfähigkeit besteht, die Städtepartnerschaften zu einer Klimapartnerschaft zu erweitern.

Im Bundesländervergleich kristallisierte sich heraus, dass ein großes Gefälle zwischen ost- und westdeutschen Kommunen besteht. Die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und NRW zählen zu den Spitzenreitern im Vergleich. Vermutlich hängt das zum einen mit vorhandenen finanziellen Kapazitäten zusammen, zum anderen auch mit der unterschiedlichen historischen Entwicklung von Städtepartnerschaften in West- und Ostdeutschland. 16 Vorreiter-Kommunen sind besonders aktiv, dazu gehören Freiburg, Heidelberg, München, Nürnberg, Würzburg, Bremen, Hamburg, Stuttgart, Münster, Dortmund, Frankfurt, Hannover, Aachen, Bielefeld, Bonn, Gelsenkirchen und Iserlohn.

Die Ergebnisse der Analyse der deutschen NRO sind für den geplanten Projektverlauf positiv zu bewerten. NRO sind potentiell wichtige Partner für das Projekt. In NRO gibt es eine Ansammlung von professionellem Wissen über die Entwicklungszusammenarbeit sowie auf dem Themengebiet Klimawandel. Über langjährige und vielfältige Erfahrungen verfügen zum Beispiel EED, Misereor, Germanwatch, Eine-Welt-Netzwerke etc. Sie können dazu beitragen, die Klimapartnerschaften langfristig am Leben zu erhalten. Auf dieses Wissen sollte im Projekt nicht verzichtet werden.

Im heutigen Auftaktworkshop gilt es, die Projektziele zu konkretisieren und Ideen zu entwickeln, wie der Weg kooperativ und effizient beschritten werden kann und wie widersprüchliche Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer überwunden werden können.

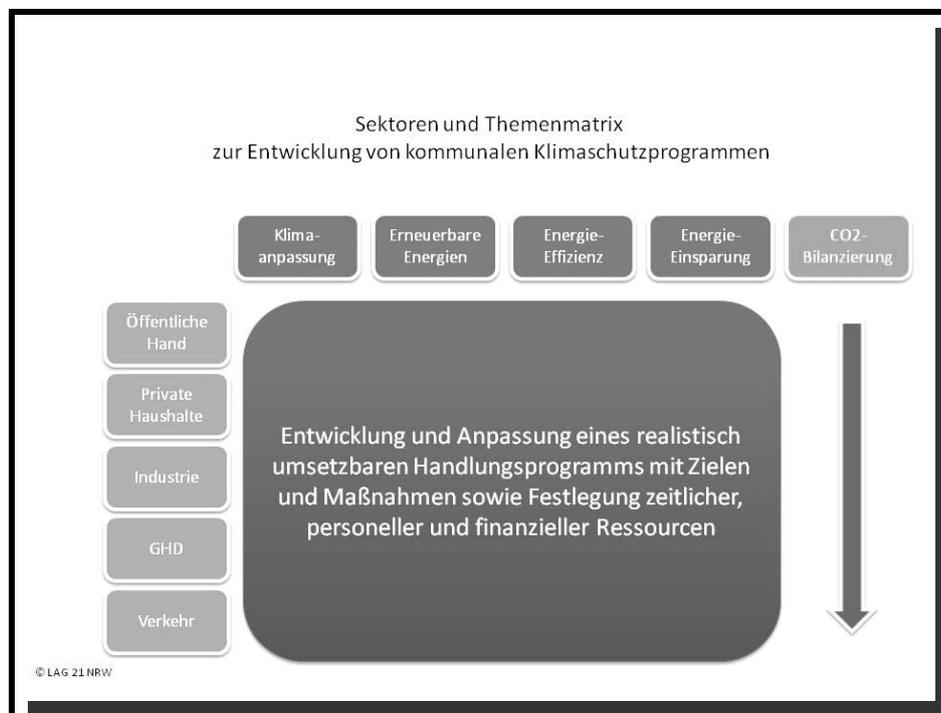
Gemeinsam mit den Partnerstädten im Süden sollen zukünftig konkrete Maßnahmenkataloge aufgebaut und gemeinsame Handlungsprogramme entwickelt werden, mit denen aktiv an die Ursachen und Probleme des Klimawandels herangegangen werden kann. Dabei geht es insbesondere darum, die klimarelevanten Gase zu reduzieren, um das „Unbeherrschbare“ zu vermeiden. Klimaanpassungsmaßnahmen müssen gemeinsam entwickelt werden. Querschnittsthemen im Projekt werden jedoch auch Dezentralisierungsprozesse und eine nachhaltige Stadtentwicklung sein.

Die zu entwickelnden Kriterienkataloge sollen vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Jede Partnerschaft kann mit Hilfe der in Abbildung 1 dargestellten Sektoren und Themenmatrix ihre eigene Stärken- und Schwächenanalysen durchführen. Die Themenmatrix hat sich in Projektzusammenhängen der LAG 21 NRW als sinnvolles Hilfsmittel für Kommunen erwiesen. Eine der

---

<sup>7</sup> Erhältlich als Download oder zur Bestellung unter: <http://www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html#h2> Schriftenreihe-Material , letzter Zugriff: 05.02.2011

größten Herausforderungen für das Projekt wird es sein, die Unterschiedlichkeit der Länder miteinander zu verbinden. Der Fokus in Deutschland liegt derzeit im Bereich Klimaschutz<sup>8</sup> und die Südländer benötigen aktuell vorwiegend Klimaanpassungsunterstützung. Die Projektpartner können gegenseitig von ihren Erfahrungen profitieren durch gegenseitige Wissensvermittlung. Gerade im verwaltungstechnischen Apparat haben deutsche Kommunen eine Menge Know-how angesammelt, dass es zu transferieren gilt.



**Abbildung 1: Sektoren und Themenmatrix zur Entwicklung von kommunalen Klimaschutzprogrammen, Quelle: Eigene Darstellung LAG 21 NRW e.V.**

In jedem der oben gezeigten Themenfelder sollten im Laufe der Entwicklung der Handlungsprogramme Lösungen angeboten werden. Es muss überall besser, anders oder weniger werden, um ein konsistentes Handlungsprogramm zu entwickeln, das bilateral umgesetzt werden kann.

Eine Abfrage bei Kommunen mit einer bestehenden Städtepartnerschaft mit einem Entwicklungs- oder Schwellenland hat ergeben, dass sie sich folgende Wissensnutzung innerhalb des Projektes vorstellen können:

- Wissenspotenziale durch integrierte Klimaschutzkonzepte nutzen
- Technischer Support bei Strom- und Wärmeversorgungssystemen
- Prävention und Abmilderung der Folgen des Klimawandel
- Datenerhebung und Analyse
- Methodik von Partizipationsprozessen
- Netzwerkbildung
- Konkrete Projektunterstützung

Herr Dr. Reuter zieht das Fazit, dass ein ausreichend quantitatives und qualifiziertes Spektrum deutscher Kommunen vorhanden ist. Die Kommunen sind daran interessiert, internationale Netzwerke aufzubauen. Die NRO können eingebunden werden, inhaltliche Unterstützungsleistungen würden die globalen Zielsetzungen unterstützen. Klimaschutz ist nicht nur ein top-down, sondern auch ein bottom-up-Prozess und die Schwierigkeiten sind überbrückbar.

<sup>8</sup> Seit Anfang des Jahres gibt es jedoch auch kommunale Förderprogramme für Klimaanpassungsmaßnahmen der Kommunen. Informationen finden Sie unter: <http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de/de/kommunen>

Um alle Kommunen, je nach finanziellen und personellen Ressourcen einen Projekteinstieg zu ermöglichen, werden niedrigschwellige Angebote zur Teilnahme überlegt. In NRW gibt es nur noch 44 Städte von 400 ohne ein Haushaltssicherungskonzept.

Die größte Herausforderung an den Aufbau von Klimapartnerschaften stellt sich jedoch durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten in der Verwaltung und Politik innerhalb der deutschen Kommunen.

Diese Themen werden am Nachmittag in den Workshops ausführlich diskutiert werden.

Weitere Fragen sind: Wie kann die Zusammenarbeit mit NRO verbessert werden? Welche strukturellen Veränderungen sind dafür notwendig? Wie kann eine langfristig stabile Bindung mit Partnern im Süden aufgebaut werden? Wie kann das Projekt verstetigt werden?

Die Hauptaufgabe des Projektes wird zunächst die Entwicklung und Weiterentwicklung der Handlungsmatrix (Abd.1) in gemeinsame integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte sein. Für 2012 ist ein intensiver Expertenaustausch anvisiert. Deutsche und südländische Experten sollen zum bilateralen Erfahrungsaustausch in die jeweiligen Kommunen Einblicke erhalten. Dies kann im Rahmen der Rio+20 Begegnungen umgesetzt werden.



Dr. Stefan Wilhelmy, SKEW

2013 wird eine internationale Klimaschutzkonferenz mit allen Partnern gemeinsam gestaltet.

Die noch zu klärende Frage der Finanzierungsmöglichkeit des Projektes blieb 2010 bestehen. Nachdem der gemeinsam gestellte Antrag bei der Internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit durch die SKEW und LAG 21 NRW im Mai 2010 im August abgelehnt, wurden derzeit neue Möglichkeiten geprüft. (Anm.: Ab 2011 konnte eine Finanzierung durch das BMZ sichergestellt werden.)

Die SKEW und LAG 21 NRW werden das Thema Klimapartnerschaften weiter vorantreiben. Es wurde unter anderem als Bestandteil der neuen SKEW-Strategie aufgenommen. Zudem ist eine Einbindung in die mittelfristige Programmplanung der SKEW im Zukunftsthema „Auf- und Ausbau kommunaler Partnerschaften“ vorgesehen. Des Weiteren gibt es Verknüpfungsmöglichkeiten mit weiteren Angeboten der SKEW, u.a. kommunale Partnerschaftskonferenzen und 12. Bundeskonferenz.

Die Idee der Klimapartnerschaften steht im Einklang mit der neuen InWEnt-Klimastrategie und ist anschlussfähig an laufende InWEnt-Programme. Durch die Fusion der drei Entwicklungsorganisationen, InWEnt, DED und GTZ zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) ergeben sich Synergien, deren Möglichkeiten für den kommunalen Austausch im Rahmen von Klimapartnerschaften genutzt werden sollen. Herr Dr. Reuter und Herr Dr. Wilhelmy freuen sich auf den weiteren Tag und insbesondere auf voranbringende Diskussionen rund um die Projektkonzeption.

## 4.1 Diskussion

Dr. Albert Statz, der gemeinsam mit Charlotte Wohlfahrt im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung ebenfalls zu Städtepartnerschaften geforscht hat<sup>9</sup>, stellte die Möglichkeit in den Raum, dass man sich mit den Klimapartnerschaften auch an anderen Netzwerken beteiligen kann. Er stellte Netzwerke vor, die sich nicht unmittelbar mit Klima beschäftigen, aber die Ursachen abdecken oder ein Netzwerk für Partnerschaften allgemein bieten. Zum Beispiel „Cities for Mobility“<sup>10</sup> in Stuttgart. Dieses Netzwerk bezieht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in das Klimathema mit ein. Herr Dr. Statz schlägt vor, dass zukünftige relevante Themen in das neue Projekt einbezogen werden. Es gibt zudem viele Subgruppen dieser Netzwerke, Euro-Cities<sup>11</sup>, Ost-Netzwerk Baltic Cities<sup>12</sup>, Alpennetzwerke<sup>13</sup>, in diesen Netzwerken beschäftigen sich diverse AGs mit Klimaschutz und Klimaanpassung.

Danach wurde die Idee gelobt, gemeinsame Konzepte zwischen den Klimapartnern zu entwickeln, das gäbe es auch beim Netzwerk „Covenant of Mayors“<sup>14</sup>, ein sehr anspruchsvolles Vorgehen mit einem politisch wichtigen Effekt: Die Kommunen, die dieses Projekt unterstützen, verpflichten sich selbst, ihre Klimapolitik dahingehend auszurichten, das EU-Ziel, die CO<sub>2</sub> Reduzierung bis 2020 um 20% zu reduzieren. Dabei verpflichten sie sich gleichzeitig, den Ausbau Erneuerbarer Energien weiterzuentwickeln und zu unterstützen.

Sehr kritisch wurde aus dem Publikum gefragt, auf welchem Wege das Potential und Wissen der Südstädte mit einbezogen wird. Es wird dringlich gewünscht, dass von Anfang an im Projekt daran gedacht werden soll, die Südsicht zu erfragen und zu integrieren. Die TeilnehmerInnen möchten wissen, welche Interessen auf Seiten der Südkommunen schon vorhanden sind, was bisher erfragt wurde. Herr Dr. Reuter erläuterte dazu, dass die Befragungen der kommunalen Akteure im Rahmen der Vorstudie auch schon Nachfragen zu den Wünschen und Bedarfen ihrer jeweiligen Partnerkommunen beinhalteten. Die Antworten waren unterschiedlich, in den meisten partnerschaftlichen Verbindungen wurden im Bereich Klimaschutz- und Anpassung jedoch kurzfristige Projekte wie Verteilung von Solarkochern, der Bau einer Solaranlage auf Schuldächern, Brunnenbau oder kleinere Aufforstungsprojekte benannt. In diesem heutigen Auftaktworkshop solle es aber zunächst auch darum gehen, die Unterstützung der deutschen Kommunen einzuholen und zu erfragen. Danach wird die Südsicht jederzeit in das Projekt integriert werden.

Einigen Teilnehmern war die Einbindung internationaler Netzwerke, wie Metropolis und ICLEI wichtig. Der BUND hat zudem einen übergeordneten internationalen Verband, friends of earth, dieser sollte in diesem Zusammenhang auch im Blick behalten werden, könnten diese Netzwerke doch in zukünftigen Projekten eingebunden werden.

Aus dem Plenum kam die Nachfrage zum geplanten stufenmäßigen Aufbau des Projektes. Herr Wilhelmy erläuterte, dass es ein zweistufiges Verfahren geben wird. Zuerst werden Kommunen mit bestehenden Partnerschaften mit Kommunen in einem Entwicklungs- oder Schwellenland angesprochen. Im zweiten Schritt ist vorgesehen, auch weitere Kommunen zum Aufbau neuer Partnerschaften zu gewinnen. Viele Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern zeigen

---

<sup>9</sup> Statz, Albert Dr./Wohlfahrt, Charlotte (2010): Kommunale Partnerschaften und Netzwerke. Ein Beitrag zur transnationalen Politik der Nachhaltigkeit. In: Heinrich Böll Stiftung. Schriften zur Demokratie. Band 20. Herausgeber: Heinrich Böll Stiftung. Downloadmöglichkeit unter: <http://www.kommunale.info/pics/Partnerschaften-Netzwerke.pdf>, letzter Zugriff: 06.02.2011

<sup>10</sup> <http://www.cities-for-mobility.net/>

<sup>11</sup> <http://www.eurocities.eu/main.php>

<sup>12</sup> <http://www.ubc.net/>

<sup>13</sup> <http://www.alpenallianz.org/de/ueber-allianz-in-den-alpen/aktivitaeten/10-jahr-aida> und

[http://www.alpconv.org/theconvention/conv07\\_b\\_de.htm](http://www.alpconv.org/theconvention/conv07_b_de.htm) und <http://de.alparc.org/unsere-aktionen/ein-oekologisches-netzwerk-der-alpen>

<sup>14</sup> [http://www.eumayors.eu/home\\_en.htm](http://www.eumayors.eu/home_en.htm)

großes Interesse an städtepartnerschaftlichen Kooperationen. Im Gegenzug ist es schwieriger deutsche Kommunen dafür zu gewinnen.



Plenum, Workshop Klimapartnerschaften

## 5. Vorstellung zweier städtepartnerschaftlicher Beziehungen der Stadt Bonn mit Buchara (Usbekistan) und Cape Coast (Ghana)

### 5.1 Zusammenfassung der Vorstellung der Projektpartnerschaft Bonn-Buchara

#### Input durch Stefan Wagner, Bereich Internationale Beziehungen, Stadt Bonn

Bonn hat insgesamt sechs Projektpartnerschaften mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Der Rat der Stadt Bonn hat 1999 den Beschluss gefasst, einen projektorientierten Austausch zu fördern. Dieser sollte Themen der Nachhaltigen Entwicklung, die für Bonn wichtig sind beinhalten, wie: Klima, Umwelt, nachhaltiger Tourismus, Abwasser. Begleitend zu den thematischen kommunalen Partnerschaften gibt es seit jeher auch einen engen Austausch im Bereich der Jugend- und Schulpartnerschaften. Die Schulpartnerschaften arbeiten intensiv und inhaltlich miteinander und tragen dadurch zur Verankerung der Partnerschaften in breiten Teilen der Bevölkerung bei. In Bonn gibt es eine enge und intensive Zusammenarbeit zwischen KommunalvertreterInnen, NGO und zivilgesellschaftlichen VertreterInnen. Jede Projektpartnerschaft und Städtepartnerschaft wird unterstützt durch einen eigenen Verein. Es gibt außerdem Thementische. Mit diesem bürgerschaftlichen Engagement tragen die Organisationen und Kommunen zum Austausch deutlich bei.

Die Partnerschaft mit Buchara war eine der ersten Partnerschaften seit Verabschiedung des neuen Partnerschaftskonzepts und wurde 1999 begründet. Der damalige usbekische Bürgermeister Herr Kamalov war zur Weltkonferenz der Vereinten Nationen in Bonn, die sich mit dem Thema „Wüstenbildung“ befasste. Dadurch gab es Erstkontakte und gegenseitiges Kennen lernen. Anregend in der Projektpartnerschaft war das durch die EU finanzierte Projekt SPICE, in dem es um die Zusammenarbeit von Schülern zur Nutzung von Erneuerbaren Energien und den Austausch von Erneuerbaren Energien geht. Seit Beginn der Partnerschaft gibt es ein stetiges gemeinsames Bemühen, den Klimawandel und Umweltschutz in den Schulen der beiden Länder begreiflich zu machen. Die Zusammenarbeit verläuft auf Augenhöhe, die Kommunen kümmern sich intensiv um Öffentlichkeitsarbeit in beiden Städten und Ländern. Auch weitere Projekte, neben dem Vorbild SPICE, wurden gemeinsam umgesetzt. Buchara ist sehr stark von Wüstenbildung betroffen, hat aber ein hohes Vorkommen an fossilen Rohstoffen. Aber die Projektpartnerschaft hat hervorgebracht, sich über postfossile Ära in Buchara Gedanken zu machen und weiter zu planen. Herr Wagner gibt das Wort an den Vize-Bürgermeister aus Buchara, Herrn Mukhamedov.



Stefan Wagner, Bereich Internationale Beziehungen, Stadt Bonn

## Vorstellung durch Akbar Mukhamedov, Vize-Bürgermeister Buchara

Herr Mukhamedov spricht zuerst seine herzliche Dankbarkeit gegenüber den Organisatoren der Konferenz zur Teilnahme aus. Er fühlt sich geehrt, als ein Vertreter einer der ältesten Städte der Welt anwesend sein zu dürfen. Die Stadt Buchara liegt in der Mitte der Seidenstraße und ist aus touristischer Perspektive ein wahres „Freilichtmuseum“, gibt es doch ca. 500 Architekturdenkmäler, sowie 11 Stadttore.

Die Projektpartnerschaft mit Bonn begann, wie Herr Wagner schon erwähnte, 1999. Herr Mukhamedov wertschätzt diese Verbindung zutiefst, der Austausch hat für Buchara sehr viele positive Effekte gehabt. Das erfolgreichste Projekt ist auch aus seiner Sicht das Projekt SPICE.

Das Projekt ist mit diversen Preisen ausgezeichnet worden und wurde 2010 sogar auf der Expo in Shanghai ausgestellt. Der Kreis der Beteiligten wuchs, da es den Projektteilnehmer/-innen gelungen ist, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Sie haben Studenten, Verwaltung und die Bürgerschaft einbezogen, es fanden bilaterale Schüler- und Lehreraustausche statt, Konferenzen mit Verwaltungsmitarbeitern und Wissenschaftlern wurden abgehalten.



Herr Akbar Mukhamedov, Vize-Bürgermeister Buchara



Frau Hushvakt Akramova

Mittlerweile wurde für das SPICE-Projekt eine eigene Website erstellt und die vierte Schule ist mit einer Photovoltaikanlage ausgerüstet worden, die bis zu 80% Energieersparnis erzeugt. Das Jugendprojekt SPICE hat wie kein anderes Projekt Synergieeffekte in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit erzeugt. Derzeit laufen Absprachen zum Bau von Müllverbrennungsanlagen. Es ist geplant, einen Austausch mit den Stadtwerken Bonn zu initiieren. Die Fachkräfte aus Bonn wurden nach Buchara eingeladen und haben sich einen Überblick über die Möglichkeiten verschafft, die Voraussetzungen für einen Bau sind gut. Der Antrag wurde bei der usbekischen Regierung gestellt. Aus dem Publikum wurde die Frage gestellt, warum die Partnerschaft so stabil ist. Herr Mukhamedov nennt die Unterstützung durch die Bürgermeister beider Städte als einen der Hauptgründe. Sie haben beide Erfahrungen im internationalen Austausch, der Wille und das Interesse für eine gute Zusammenarbeit trotz Sprachbarrieren und unterschiedlicher Traditionen ist gegeben. Außerdem ist die Motivation der Lehrer sehr hoch und es hat überraschend gut funktioniert, die Schüler zur Mitarbeit zu motivieren. Herr Mukhamedov dankt dafür auch den Projektbeteiligten, insbesondere Frau Hushvakt Akramova, die mit viel Elan seit Jahren das SPICE Projekt in Buchara betreut. Er wünscht weiterhin viel Erfolg für die partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Mittlerweile wurde für das SPICE-Projekt eine eigene Website erstellt und die vierte Schule ist mit einer Photovoltaikanlage ausgerüstet worden, die bis zu 80% Energieersparnis erzeugt. Das Jugendprojekt SPICE hat wie kein anderes Projekt Synergieeffekte in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit erzeugt. Derzeit laufen Absprachen zum Bau von Müllverbrennungsanlagen. Es ist geplant, einen Austausch mit den Stadtwerken Bonn zu initiieren. Die Fachkräfte aus Bonn wurden nach Buchara eingeladen und haben sich einen Überblick über die Möglichkeiten verschafft, die Voraussetzungen für einen Bau sind gut. Der Antrag wurde bei der usbekischen Regierung gestellt. Aus dem Publikum wurde die Frage gestellt, warum die Partnerschaft so stabil ist. Herr Mukhamedov nennt die Unterstützung durch die Bürgermeister beider Städte als einen der Hauptgründe. Sie haben beide Erfahrungen im internationalen Austausch, der Wille und das Interesse für eine gute Zusammenarbeit trotz Sprachbarrieren und unterschiedlicher Traditionen ist gegeben. Außerdem ist die Motivation der Lehrer sehr hoch und es hat überraschend gut funktioniert, die Schüler zur Mitarbeit zu motivieren. Herr Mukhamedov dankt dafür auch den Projektbeteiligten, insbesondere Frau Hushvakt Akramova, die mit viel Elan seit Jahren das SPICE Projekt in Buchara betreut. Er wünscht weiterhin viel Erfolg für die partnerschaftliche Zusammenarbeit.

## 5.2 Zusammenfassung der Vorstellung der Projektpartnerschaft Bonn-Cape Coast

### Input durch Stefan Wagner, Stadt Bonn

Die Partnerschaft mit Cape Coast ist die jüngste Bonner Projektpartnerschaft und bisher noch nicht formalisiert. Derzeit werden noch gemeinsame Schritte für die zukünftige Projektpartnerschaft gemeinsam überlegt und es ist für die Stadt Bonn eine große Freude, dass Herr Justice Amoah und Herr Matthew Kobina Narh Doe zum Klimapartnerschaften-Workshop und weiteren Gesprächen für einige Tage in Bonn sind. Cape Coast ist durch seine Universitäten und Schulen in ganz Ghana bekannt. Eine Partnerschaftsunterzeichnung zwischen der Rhein-Sieg-Universität Bonn und der Cape Coast University wurde schon geschlossen. Im Rahmen der Uni-Partnerschaft wird es Studierendenaustausche im NGO Management Masterstudiengang geben. Eine Städtepartnerschaft einzugehen kann somit auch Effekte in den Wissenschaftsbereich hinein verzeichnen. Die junge Projektpartnerschaft hat noch weitere Dynamiken entwickelt. Es wurde ein Verein gegründet und damit bürgerschaftliches Engagement eingebunden. Die Länderpartnerschaft NRW-Ghana gibt eine zusätzliche Rahmung. Außerdem haben Schulen Interesse an einer Partnerschaft begründet, der Verein stellt initiativ die Kontakte her. Das Ghana Council Bonn ist zuversichtlich, dass das Klimaprojekt ein gemeinsames Ziel sein könnte. Für die Projektarbeit wurden schon wünschenswerte Themengebiete für die Zusammenarbeit identifiziert: Nachhaltiger Tourismus und Nachhaltigkeitskriterien sowie Umweltentwicklung. Herr Wagner übergibt das Wort an Justice Amoah, Planning Officer in der Cape Coast Metropolitan Assembly.

### Justice Amoah, Vertreter der Stadt Cape Coast

Herr Amoah dankt der Stadt Bonn und der SKEW herzlich, dass sie seine Teilnahme am Workshop ermöglicht haben. Ein besonderer Dank geht auch an Anthony Thompson, Vorsitzender des Partnerschaftsvereines Bonn-Cape Coast, der die beiden Gäste auf ihrer Reise in Bonn begleitet, wichtige Gespräche übersetzt und für viele Situationen Ansprechpartner ist. Zunächst gibt er einige Hintergrundinformationen zu Cape Coast.

Cape Coast ist die Hauptstadt der Central Region und des Cape Shore Municipal Districts Ghanas. Die „Central Region“ ist im Zuge der Dezentralisierungsmaßnahmen Ghanas in insgesamt 13 Distrikte aufgeteilt worden. Die Stadt liegt direkt am Golf von Guinea und hat 142.246 Einwohner (Schätzung von 2010). Cape Coast liegt in einer Savannenlandschaft. Viele Ströme und Bäche fließen durch Cape Coast in den Fasoo Lagun, einen Binnensee am Rande Cape Coasts' oder direkt ins Meer. Der jährliche Niederschlag beläuft sich zurzeit auf 750mm-1000mm. Die durchschnittliche Jahrestemperatur liegt bei 24-26 Grad Celsius. Fischfang ist neben der Landwirtschaft einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren an der Küste. Aber auch der Handel und der Tourismus steigern die Wirtschaftskraft.

Nach den ersten Delegationsbesuchen der Partnerstädte einigte man sich am 19. November 2008 darauf, eine Projektpartnerschaft zu begründen. Die Partnerschaft wurde am 26. März 2010 in Cape Coast offiziell den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt.



Justice Amoah, Vertreter der Stadt Cape Coast

Weitere Einrichtungen, z.B. Ghana National Universität und die Universität des St. Augustines, die Kakomdo M/A Grundschule und die St. Lawrence Catholic Grundschule möchten zukünftig ebenfalls partnerschaftliche Verbindungen eingehen.

Die klimatischen Veränderungen und Probleme in Cape Coast sind vielfältig. Durch massive menschliche Eingriffe in Waldgebiete gibt es Bodenerosionen und damit verbunden verminderte Bodenfruchtbarkeit. Das Niederschlagsmuster wird in den letzten Jahren immer unregelmäßiger und die Jahrestemperaturen steigen an. Dies führt zur Abnahme der landwirtschaftlichen Erträge. Der Meeresspiegel steigt an, Land geht dadurch verloren. Immer häufiger gibt es Überschwemmungen von niedriger gelegenen Regionen, Pflanzen- und Tierarten sterben aus. Verstädterung, Bevölkerungswachstum und erhöhter Energiebedarf sind weitere Problemlagen.

Die Cape Coast Verwaltung hat für die nächsten Jahre folgende Entwicklungsschwerpunkte festgelegt:

- Umweltmanagement (einschließlich Abfallwirtschaft, Drainage, Artenvielfalt, Bodenerosion, usw.)
- Ausbildung (Anhebung des Bildungsstandards, Verbesserung des grundlegenden Bildungsniveaus, usw.)
- Gesundheit (Verbesserung im Bereich Personal und Qualität des Dienstes)
- Tourismus, kulturelle und sozioökonomische Entwicklung
- Entwicklung der Landwirtschaft und des Fischereiwesens
- Infrastrukturentwicklung
- Institutionsstärkung

Die Stadtverwaltung und die Politik haben viele wichtige Ziele für Cape Coast definiert, folgend eine kurze Darstellung der Liste der Powerpoint-Präsentation von Justice Amoah:

Schwerpunkt Abfallwirtschaft: Reinigung der unerlaubten Müllbeseitigungsflächen; Umsetzung von Abfallwirtschaftsprogrammen (einschließlich der Einführung von Benutzer-Gebühren); Entwicklung von fortgeschrittenen Methoden der Müllsammlung und Kompostierung.

Schwerpunkt Wiederaufforstung: Erosionskontrolle an Hochlandgebieten (z.B Stützmauern, das Pflanzen von Bäumen, Gras, usw.); Entwicklung eines Drainage-Systems; das Begrünen der Kap-Küste (das Pflanzen von Bäumen besonders in offenen Räumen); das Umpflanzen von Kokosnussbäumen entlang der Strände; Entwicklung und Bewahrung von offenen Räumen; Schutz von Heiligen Wäldern und Miniwaldreserven um die Kämmen (Wohngebiete), Schulen, Universitäten und Universität der Kap-Küste.

Schwerpunkt Nachhaltiges Wirtschaften und Tourismus: Ökologische Wiederherstellung und Entwicklung der Fosu Lagune für die Fischerei und den Tourismus; Wiederansiedlung von Handwerkern entlang der Lagune; das Ausbaggern der Lagune; Festlegung neuer Orte für Hotels und Restaurants entlang der Lagune; Aufbau von Wohnungen.

Justice Amoah berichtet, dass die notwendigen Veränderungen nicht nur zu einer Verbesserung der klimatischen Veränderungen führen, sondern auch zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in Cape Coast insgesamt durch eine Aufwertung der Umgebung sowie der Restrukturierung der Wirtschaft und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

Auf die Partnerschaft möchte Cape Coast sich intensiv vorbereiten und wird sich aktiv daran beteiligen. Von Seiten der Cape Coast Verwaltung und Politik sowie der Bürger/-innen erwarten sie ein hohes Engagement in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Für die zukünftige Pro-

jektarbeit hoffen sie zudem auf technische und finanzielle Unterstützung durch die Nationalregierung in Ghana, sowie durch ortsansässige NGO oder Spendenagenturen.

Herr Amoah bedankt sich bei den Zuhörern und wünscht allen einen guten Verlauf im weiteren Workshop.

### 5.3 Fragen und Diskussion

Eine Teilnehmerin bedankte sich für die beiden Vorträge. Sie war besonders beeindruckt von der langjährigen Projektpartnerschaft zwischen Buchara und Bonn. Ihre Frage war, wie eine Partnerschaft so lange und so nachhaltig gestaltet werden konnte? Insbesondere interessierte sie, wie eine Schulpartnerschaft über so viele Jahre aufrecht zu erhalten ist?

Frau Akramohva, die das Projekt SPICE von Beginn an begleitet hat, antwortete, dass die Partnerschaft so gut funktioniert, weil es zum einen ein intensiver Wunsch der Bürger ist, diese Partnerschaft umzusetzen, zum anderen aber auch, weil beide Bürgermeister sich sehr gut verstanden haben. Es gab keine Kommunikationsschwierigkeiten aufgrund unterschiedlicher Traditionen oder Kultur, weil in Bonn, insbesondere auch bei Stefan Wagner und Frau Dr. Hohn-Berghorn so viel Erfahrung in der Partnerschaftsarbeit gegeben ist. Frau Akramovah stimmt zu, dass es häufig schwierig ist, die Schüler miteinander zusammen zu bringen. Dass es im SPICE Projekt so hervorragend gelungen ist, ist eindeutig auf die starke Motivation des Lehrerkollegiums zurückzuführen. Die Lehrer der Emilie-Heyermann-Realschule haben einen großen Verdienst erworben, die Schüler waren überaus motivierte Schüler und auftauchende Konflikte zwischen den Schülern wurden sinnvoll verarbeitet.

Die Zusammenarbeit mit dem Partnerschaftsverein verlief ebenfalls sehr gut. Die Erklärung von Frau Akramova war, dass auch das mit der positiven Arbeitsatmosphäre in der Bonner Stadtverwaltung zusammenhing.

Besonderes Interesse zeigten die Teilnehmer und Teilnehmer/-innen des Workshops an den Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und fragten nach weiteren Informationen zum geplanten Neubau einer Müllverbrennungsanlage in Buchara, die gemeinsam mit deutschen Experten geplant wird.

Der Planungsprozess umfasste zunächst Besichtigungen der Vertreter aus Buchara in Bonn und umgekehrt. Die Stadtverwaltungen auf beiden Seiten setzten sich für den Austausch ein. Ausführliche Gespräche über Vorgehensweisen wurden geführt. Eine Bedarfsanalyse und Bedarfshebungen wurden mit Hilfe des Know-how der deutschen Kommunalexperten in Buchara durchgeführt. Derzeit ist ein Antrag bei der usbekischen Regierung gestellt, damit die Mittel für den Bau bewilligt werden. Die gesamte Vorphase war sehr umfassend. In Buchara herrscht Optimismus, dass das Projekt auch in die Umsetzungsphase übergehen kann.

Die Teilnehmer/-innen waren interessiert an der geplanten Vorgehensweise zum Aufbau der Projektpartnerschaft mit Cape Coast. Vor allem, weil die Partnerschaft noch so jung ist, tauchten Fragen nach den verschiedenen Ebenen der Realisierbarkeit der Partnerschaft auf und was notwendig ist, um sie effektiv zu gestalten.

Die Partnerschaft mit Cape Coast wird auf zwei Wegen in Cape Coast geplant, bottom-up und top-down. Die Hoffnung von Seiten der Cape Coast Verwaltung ist es, dass eine langfristige Partnerschaft entsteht, die auf verschiedenen Ebenen Synergieeffekte erzeugt.

Die zu bearbeitenden Themen müssen zukünftig noch geklärt werden und welche Ziele wichtig sind. In Cape Coast wurden dafür zwei Komitees eingerichtet. Vor allem durch die Länderpart-

nerschaft zwischen NRW und Ghana erhoffen sich die Kommunalvertreter aus Cape Coast positive Effekte für die lokale Projektpartnerschaft.

## 6. Arbeitsgruppen

Im Anschluss an die wissenschaftlichen und praktischen Vorträge teilten sich die Anwesenden in drei Arbeitsgruppen auf. In den Arbeitsgruppen wurden, wie einleitend schon benannt, die wichtigsten Fragestellungen gemeinsam mit den Teilnehmern und Teilnehmerinnen diskutiert, die für den Projektaufbau von Bedeutung sind. Die Ergebnisse wurden nach der Workshopphase nochmals im Plenum präsentiert und konnten ergänzt werden. Die Ergänzungen sind in der folgenden Ergebniszusammenfassung integriert.

### 6.1. AG 1 Was können die Kommunen in eine Klimapartnerschaft einbringen? Was brauchen die Kommunen an Unterstützung für den Aufbau von Klimapartnerschaften?

Dieser Workshop hatte das Ziel, die Ergebnisse der Vorstudie zu verstärken und die Diskussion der Anwesenden zu intensivieren. In der Vorstudie wurde mittels Interviews mit diversen kommunalen Akteuren und auch mit Akteuren aus Nichtregierungsorganisationen herausgefiltert, welche Kenntnisse und Fertigkeiten rund um die Themengebiete Klimaschutz und Klimaanpassung die Kommunen selbst in die Partnerschaften einbringen können und wofür sie Unterstützung benötigen würden. In diesem Workshop sollten die Ergebnisse diskutiert und ergänzt werden.

Den Teilnehmer/-innen war zunächst noch unklar, welche Kriterien von den Kommunen erfüllt sein müssen, um eine Klimapartnerschaft aufbauen zu können. Ein konkreteres Projektprogramm wurde von den Akteuren gewünscht.

Eine Frage war, ob eine schon bestehende Partnerschaft mit einem Südländ zwingend notwendig ist oder ob auch neue Partnerschaften eingegangen werden können. Daran anschließend wurde die Frage gestellt, ob auch ein Ratsbeschluss vorliegen sollte. Unklar war zudem für viele der Anwesenden, wie genau sich eine Klimapartnerschaft definiert.

Für die Teilnehmer/-innen gab es wichtige Unterstützungsbedarfe in der Ausformulierung konkreter Arbeitsschritte. Zudem sind dringend Informationen zu Fördertöpfen notwendig. Viele Kommunen in Deutschland haben derzeit wenig finanzielle und personelle Ressourcen für internationale Zusammenarbeit zur Verfügung. Dazu wurde gewünscht, ausreichend Wissen zur Verfügung zu stellen, wie Anträge formuliert werden und welche Vorteile aus einer Klimapartnerschaft entstehen können. Um die Kommunikation von Klimapartnerschaften zu verbessern, wurde der Vorschlag gemacht, ein Netzwerk für regelmäßigen Austausch zu Fördermöglichkeiten zu implementieren. Das Netzwerk soll durch die SKEW und die LAG 21 NRW unterstützt werden und regelmäßig Informationen bereitstellen sowie Argumentationshilfen anbieten, z.B. über eine Projekthomepage oder ähnliches. Unterstützung wurde auch gewünscht bei der Entsendung von Experten, eine Orientierung am WM-Projekt der SKEW wurde vorgeschlagen.

Der Projektansatz wird zunächst auf bestehende Partnerschaften aufbauen, das wurde von den Anwesenden als sehr sinnvoll eingeschätzt. Zur Unterstützung können Experten aus Nichtregierungsorganisationen, der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft eingebunden werden. Um die in der Klimapartnerschaft gemeinsam entwickelten Ideen umzusetzen, sollen Expertenentsendungen (kommunaler Akteure) stattfinden.

Um auch kleineren Kommunen und Kommunen mit schlechter gestelltem Haushalt einen niedrighschwelligem Projekteinstieg zu ermöglichen, wurde gemeinsam diskutiert, mit Projekten wie z.B. Schulpartnerschaften (SPICE) die Klimapartnerschaft zu beginnen.

Den Anwesenden war es insgesamt sehr wichtig, lokale Wirtschaft und Wissenschaft mit einzu-beziehen. Die Vorgehensweise im Projekt Dreieckspartnerschaften, ein Modellprojekt der SKEW, wurde gelobt und als vorbildhaft für das neue Projekt vorgeschlagen. Um weitere finanzielle Mittel, (wie EU-Förderungen) zu erhalten, könnten Dreiecks-Klimapartnerschaften hilfreich sein.

## **6.2 AG 2 Wie lässt sich die Kooperation der Bereiche kommunaler Klimaschutz und internationale Partnerschaften innerhalb der Kommunalverwaltungen gestalten?**

Die Ausgangsüberlegungen der AG galten der Analyse des Ist-Zustandes im Bereich der Städtepartnerschaften in den Kommunalverwaltungen. In der Studie konnte festgestellt werden, dass viele Kommunen gut funktionierende Umweltverwaltungen haben oder Klimaschutzreferate. Die Partnerschaften sind in unterschiedlichen kommunalen Abteilungen verortet. Kooperationen außerhalb der verschiedenen Abteilungen finden noch selten statt. Lösungskonzepte einer Organisationsstruktur für den Aufbau von Klimapartnerschaften müssen daher künftig noch entwickelt werden.

In ersten Schritten ging es darum herauszufinden, welche Schwierigkeiten und Hemmnisse es in den Kommunen gibt, wenn es um die Planung und Umsetzung gemeinsamer Kooperationsprojekte im Rahmen von Städtepartnerschaften geht.

Die Diskussionen in diesem Workshop waren sehr lebendig und vielfältig. Die anwesenden Kommunalvertreter/-innen vertraten in der Diskussion ein breites Spektrum an unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen innerhalb ihrer Kommunen. Zunächst wurden die Teilnehmer/-innen gebeten, einige erläuternde Worte zum erlebten Ist-Zustand bezogen auf Klimaprojekte und Städtepartnerschaften abzugeben.

Im Folgenden sind zusammenfassend die verschiedenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit anonymisiert dargestellt.

Es gibt unterschiedlichste Verortungen der Städtepartnerschaften in Kommunen. Sie können entweder direkt im Hauptamt, beim Oberbürgermeister, der Wirtschaftsförderung, im Pressereferat oder im eigenen Referat Internationales angesiedelt sein. Je nach Verortung gibt es auch unterschiedliche Themenschwerpunkte innerhalb der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Die Themengebiete Klimaschutz- und Klimaanpassung sind in einem eigenen Referat verortet oder im Umweltdezernat einem Bereich untergeordnet. Auch der Umfang der partnerschaftlichen Zusammenarbeit unterscheidet sich immens. Zum Teil gibt es Städtepartnerschaften mit konkretem Handlungsbezug oder Städtefreundschaften, in denen eher vereinzelt Projekte umgesetzt werden oder bisher nur Städtekontakte, die noch kein gemeinsames Rahmenprogramm verabschiedet haben. Beispielsweise pflegt die Stadt Bonn sechs Projektpartnerschaften<sup>15</sup>, die für einen bestimmten Zeitraum gemeinsam ein bestimmtes Thema bearbeiten. Köln hat derzeit dreiundzwanzig Kommunalbeziehungen mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten<sup>16</sup>.

Als Hemmnis in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit wurden als erstes die finanziellen und auch personellen Ressourcen in den deutschen Kommunen benannt. Hinzu kommt der Handlungsdruck auf die Umweltreferate, Klimaschutzpläne für die deutschen Kommunen umzusetzen.

Die getrennten Zuständigkeiten werden als ein weiteres Hemmnis betrachtet. Es kommt vor, dass eine Kommune in der Abteilung Wirtschaftsförderung seit Jahren aktive Partnerschaften

---

<sup>15</sup> [http://www.bonn.de/wirtschaft\\_wissenschaft\\_internationales/internationale\\_aktivitaeten/projektpartnerschaften/index.html](http://www.bonn.de/wirtschaft_wissenschaft_internationales/internationale_aktivitaeten/projektpartnerschaften/index.html), letzter Zugriff: 02.04.2011

<sup>16</sup> <http://www.stadt-koeln.de/7/europa/staedtepartnerschaften/>, letzter Zugriff: 02.04.2011

pflegt, mit deutlich ökonomischem Bezug und die Umweltämter eigene vereinzelte Projekte mit Entwicklungs- und Schwellenländern umsetzen.

Hindernisse in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit können aber auch durch das Partnerland gegeben sein. Wenn dort Veränderungen prägnant sind, wie die Umsetzung neuer Gebietsreformen, es zu Überschwemmungen kam, Hitzewellen akut sind, Kriege geführt werden oder akute Hungersnöte bestehen, erschwert das deutlich die kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Die Partnerstädte haben ein großes Interesse am Know-how deutscher Kommunen, die Anwesenden berichteten über Besuche aus China oder Moskau, in denen es gezielt um Informationen zu Umweltschutz, Abfallwirtschaft oder Wasserreinigung ging. In der Praxis sieht es dann konkret eher so aus, dass die Besucher gegenseitig eingeladen werden und Vorträge erhalten, wie gehandelt werden kann. Die finanziellen Ressourcen reichen oft nicht aus, um beispielsweise personelle Ressourcen für ein bestimmtes Projekt abzustellen, dass dann gemeinsam umgesetzt wird.

Unterstützend und hilfreich ist es, wenn sich der Oberbürgermeister in die Partnerschaft einbringt und sie sich zur Aufgabe stellt.

Die Ergebnisse der Vorstudie konnten somit auch in diesem Workshop untermauert werden. Um die Kooperation der Ämter zu verbessern, wurde vorgeschlagen, dass eine Orientierung der Kommunen an den Länderaufgaben der EZ anvisiert werden sollte. Eine Vernetzung mit den Referaten Migration, den Europabeauftragten, der Wirtschaft oder NGOs für die Kommunen ist für den Aufbau einer Klimapartnerschaft als hilfreich angesehen worden

Auch die Verwaltungsmitarbeiter/-innen der unterschiedlichen Abteilungen (Wirtschaftsförderung, Internationales, Umweltamt etc.) sollten immer informiert werden und von Anfang an in die Partnerschaft einbezogen und miteinander vernetzt werden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass für strategisch ausgebaute Klimapartnerschaften eine zentrale Koordinierung (Querschnittsreferat) für deutsche Kommunen notwendig ist. Das würde den Ressourcenaustausch zwischen den Ämtern allgemein befördern.

Im zweiten Teil des Workshops befassten sich die Teilnehmenden intensiver mit der Frage nach dem Leadership des Prozesses und welche Abteilung oder Person geeignet wäre, diesen Part für zukünftige Klimapartnerschaften zu übernehmen. Hier zeichnet sich aber kein Königsweg ab, sondern es bedarf jeweils lokal angepasster Verfahren.

Das aus den Ergebnissen der Vorstudie entwickelte Projekt „Bildungsklima für kommunale Partnerschaften“ bei der LAG 21 NRW (weitere Informationen zum Projekt in Kapitel 7) setzte sich zum Ziel, diese Frage vertiefend zu diskutieren.

Wichtige Grundvoraussetzungen sind die kontinuierliche Kommunikation an alle Beteiligten, Erweiterung der Ressourcen und Einbindung der Politik vor Ort. Je nach Projektansatz ist ein gemeinsames Auftreten durch OB und Umweltamt sinnvoll. Die politische Unterstützung sollte von Anfang an gegeben sein. Das ist nicht unbedingt ein Muss für eine Klimapartnerschaft, bringt jedoch positive Synergieeffekte.

Für die beiden Anwesenden aus Cape Coast stellen sich die Fragen, wie die Teilhabe der verschiedenen Akteure über Partizipationsprozesse gesichert werden kann und wie Synergieeffekte tatsächlich erzeugt werden können. Capacity Building ist das allerwichtigste für die Südländer und für diese Form der Kooperationsprojekte.

In Cape Coast findet partnerschaftliche Zusammenarbeit folgendermaßen statt: Bevor die ersten Treffen zwischen den Partnerstädten stattfinden, werden Verantwortliche in einer Ratssitzung gewählt und ernannt. Ein Wechsel der Personen hat keinen Einfluss auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit, weil die Informationen einander übergeben werden und die Teilnehmer der Reise sich kurz untereinander über den Sachstand verständigen. Ob es dafür eine dauerhafte Leadership-Funktion innerhalb eines Gremiums oder durch eine Person gibt, spielt für die Anwesenden Vertreter Cape Coasts' eine eher untergeordnete Rolle.

Festzuhalten bleibt, dass die städtepartnerschaftliche Zusammenarbeit trotz organisatorischer Hemmnisse seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil der kommunalen Aufgabe in Deutschland und weltweit ist. Gerade durch intensives ehrenamtliches Engagement gibt es eine Vielzahl an Best-practices innerhalb der Städtepartnerschaften.

### **6.3 AG 3 Wie lässt sich die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Nichtregierungsgruppen im Rahmen der Klimapartnerschaften intensivieren?**

Für eine gut koordinierte Klimapartnerschaft ist eine Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Voraussetzung. Die Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen mit Entwicklungs- und Schwellenländern ist seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit. NGOs verfügen über ein großes Know-how in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Um dieses Know-how auch verfügbar zu machen, sind Kooperationen notwendig. Wie diese Zusammenarbeit aussehen kann, war Diskussions-thema dieser Arbeitsgruppe.

Die Arbeitsgruppe diskutierte die Förderfaktoren, Defizite und Klärungsbedarfe für eine funktionierende Zusammenarbeit im Rahmen einer Klimapartnerschaft. Als Förderfaktoren zur Vernetzung wurden finanzielle Unterstützungen der NROs durch die Kommunen benannt oder dass die Verwaltungsspitze eine Vermittlungsfunktion übernehmen könnte und das durch die Zusammenarbeit eine Bewusstseinsbildung bei kommunalen Akteuren in Gang gesetzt wird. Durch die Zusammenarbeit besteht die Möglichkeit, einen ganzheitlichen Ansatz in die partnerschaftliche Arbeit zu integrieren. Entwicklungszusammenarbeit sollte auch immer Friedensfragen, Gerechtigkeitsfragen oder Armutsfragen mit einbeziehen. Rio+20 sollte als Chance genutzt werden, um das Thema Klimaschutz in die Partnerschaften zu bringen.

Wie Jugendliche einbezogen werden können, war für die Anwesenden NGO Vertreter/-innen ebenfalls sehr wichtig.

Die Teilnehmer/-innen wiesen zudem darauf hin, dass für eine Klimapartnerschaft noch einige grundlegende Kriterien festgelegt werden sollten. Dazu gehören konkrete politische Zieldefinitionen, die den Klimabegriff offen interpretieren und ausreichend Möglichkeiten für alle Beteiligten bieten, eine Klimapartnerschaft einzugehen. Durch eine gewisse Offenheit in der Zieldefinition ist ein niedrighschwelliger Projekteinstieg für Kommunen und NROs mit nicht ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen gegeben.

Festzuhalten ist, dass in der Kooperation zwischen NROs und Kommunen Nachholbedarf besteht. Um sich gegenseitig in die Projekte einzubinden müssen Ansprechpartner und Fachkompetenzen klar geregelt sein.

Die Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort, wie z.B. Stadtwerken, kann die Klimapartnerschaft positiv beleben. Viele NGOs sind sehr aktiv, sie haben eine Vielzahl an Akteuren gebündelt. Die städtischen Wege für den Aufbau einer Klimapartnerschaft und die Netzwerkbildung vor Ort

sind sehr heterogen, jede Stadt muss ihren eigenen Weg finden. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, eine Dachorganisation für Partnerschaftsvereine zu gründen.

---



## 7. Ausblick

Die Diskussionen der Arbeitsgruppen wurden im Plenum vorgestellt. Anschließend zeigten die Projektleiter die nächsten Arbeitsschritte und Perspektiven zur Mitarbeit auf.

Der Stand im Juni 2010 war, dass die SKEW und die LAG 21 NRW e.V. gemeinsam einen Antrag bei der internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministerium für Naturschutz, Umwelt und Reaktorsicherheit (BMU) eingereicht hatten. Bei einer Förderung des Projektes sollten zunächst die Städte herausgefiltert und angeschrieben werden, die das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ modellhaft unterstützen. Zudem sollte die Einbindung der NGOs und Partner aus Wirtschaft forciert werden. Der Antrag wurde durch das BMU im Oktober 2010 abgelehnt. Um das Ziel jedoch weiter zu verfolgen, hat die SKEW dennoch am Thema weitergearbeitet. Ein Logo wurde entwickelt, Flyer auf deutsch und englisch erstellt<sup>17</sup> und das Projekt weiterhin über die SKEW und die LAG 21 NRW auf diversen Veranstaltungen beworben.

Ab 2011 konnte dann die Finanzierung durch das BMZ sichergestellt werden. Die SKEW wird in einer Pilotphase mit zunächst 10 deutschen Kommunen die Partnerschaften mit afrikanischen Partnerkommunen pflegen, das Projekt Klimapartnerschaften starten. Partnerländer sind Ghana, Tansania und Südafrika. Nähere Informationen erhalten Sie durch Dr. Stefan Wilhelmy ([stefan.wilhelmy@giz.de](mailto:stefan.wilhelmy@giz.de), Tel. 0228-4460-1774).

Auf dem Workshop wurde auch das vom BMZ über das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) finanzierte Projekt der LAG 21 NRW „Bildungsklima für kommunale Partnerschaften“ vorgestellt. Die Projektlaufzeit war von Juli-Dezember 2010. Die Bausteine beinhalteten unter anderem die Entwicklung einer idealtypischen Organisationsstruktur für den Aufbau von Klimapartnerschaften, eine Entwicklung eines Maßnahmenkataloges für mögliche Klimaanpassungsprojekte sowie die Erarbeitung des Planspiels Südsicht<sup>18</sup>. Die Ergebnisse werden in zukünftige Klimapartnerschaftsvorhaben einfließen.

Seit Mai 2011 bietet die LAG 21 NRW ein neues FEB-Projekt unterstützend für den Aufbau von Klimapartnerschaften an. Das Projekt „Bildungsnetzwerk Klimapartnerschaften“<sup>19</sup> verfolgt die Zielsetzung Partnerschaftsvereine durch Wissensvermittlung und eine gezielte Fortbildung durch die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 und weiterer Projektpartner zu bestärken, die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung als Leitthemen ihrer Partnerschaftsarbeit zu etablieren und sich in einem Netzwerk Klimapartnerschaften kontinuierlich auszutauschen. Das Planspiel Südsicht wird in diesem Rahmen ab Oktober 2011 zur Durchführung angeboten. Bei Interesse an den Ergebnissen des Vorläuferprojektes und am neuen Projekt sowie der Durchführung des Planspiels Südsicht oder Fortbildungsangeboten kontaktieren Sie Dr. Klaus Reuter ([k.reuter@lag21.de](mailto:k.reuter@lag21.de), Tel.: 0231-936960-11) oder Katja Bottin ([k.bottin@lag21.de](mailto:k.bottin@lag21.de), Tel.: 0231-936960-19).

---

<sup>17</sup> <http://www.service-eine-welt.de/klimapartnerschaften/klimapartnerschaften-start.html>

<sup>18</sup> <http://www.lag21.de/themen-und-projekte/klima/aktuelle-projekte/bildungsklima-fuer-kommunale-partnerschaften-lag-21-nrw-ev.html>

<sup>19</sup> <http://www.lag21.de/themen-und-projekte/klima/aktuelle-projekte/bildungsnetzwerk-klimapartnerschaften-lag-21-nrw.html>



## 8. Schlusswort

### Zusammenfassung des Schlusswortes von Dr. Sebastian Paust, Hauptgeschäftsführer der InWEnt gGmbH



Dr. Sebastian Paust bedankt sich bei allen Akteuren des Workshops und insbesondere bei den internationalen Gästen für die zahlreiche Teilnahme an der Veranstaltung. Der Stadt Bonn und den Vertreterinnen der Partnerstädte aus Buchara und Cape Coast dankt er für die gute Kooperation bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung.

Er betont, dass es für ihn eine große Freude sei, dass genau ein Jahr nach der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen viele Vertreter/-innen zusammengekommen sind, um einem wichtigen Auftrag der in der München beschlossenen Erklärung nachzukommen, nämlich bis zum Jahr 2015 fünfzig kommunale Klimapartnerschaften aufzubauen.

Der anthropogene Klimawandel erhält in der internationalen Zusammenarbeit zunehmend eine herausragende Bedeutung. Für eine nachhaltige Entwicklung sei es unerlässlich, die Beachtung von Emissionspfaden sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf Mensch und Umwelt, Wirtschaft und Soziales in die Gestaltung partnerschaftlicher Zusammenarbeit einzubeziehen. Besonders im Hinblick auf die Partnerkommunen und Organisationen im Süden ist dabei hervorzuheben, dass durch die negativen Auswirkungen des globalen Klimawandels die Effekte der zusätzlich ablaufenden Megatrends, die weltweite Verstärkung sowie das exponentiell ansteigende Bevölkerungswachstum, noch verstärkt werden.

Die gesellschaftliche Herausforderung Klimawandel anzunehmen, ist für jeden Einzelnen eine zwingende Notwendigkeit. Für ihn ist deutlich geworden, dass es Zeit ist, endlich zu Handeln.

Um die Begrenzung der Erderwärmung um maximal 2-Grad-Celsius-Ziel einhalten zu können, werden auch die Schwellenländer in einem zukünftigen Kyoto-Nachfolgeabkommen konkrete Verpflichtungen der Emissionsreduktion übernehmen müssen. Um diesen Pflichten und Herausforderungen nachzukommen, erfordert es vielfältige Kompetenzen und die Mobilisierung von

Akteuren und Institutionen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Der Capacity Building Bedarf im Bereich des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel hat sich im Zuge der letzten Jahre dementsprechend bereits um ein Vielfaches erhöht, und er wird auch in den kommenden Jahren mit zunehmender Handlungsnotwendigkeit und gehobenen Anforderungen an unsere Partnerländer weiterhin deutlich steigen.

InWEnt hat eine Klimastrategie erarbeitet, die in der Kooperation mit den Partnerländern Klimaaspekte berücksichtigt und gezielt neue Angebote des Capacity Building im Klimabereich umfasst. Ziel der Strategie wird unter anderem sein, das Bewusstsein und die Handlungskompetenzen der relevanten Akteure für die notwendigen Transformationsprozesse hin zu kohlenstoffarmen und an die veränderten klimatischen Bedingungen angepassten Wirtschafts- und Konsummuster zu entwickeln. Das Unternehmen reagiert mit dieser Strategie auf die steigende Nachfrage in diesem Themenkomplex, unterstreicht aber gleichzeitig die schon vorhandenen Erfahrungen im Umgang mit den Herausforderungen des Klimawandels in der Entwicklungszusammenarbeit.

InWEnt kooperiert mit Entwicklungs- und Schwellenländern seit einigen Jahren im Bereich erneuerbarer Energietechnologien, bietet Trainingsangebote sowie Fortbildungen für Energieauditoren in Indien und China an oder fördert Windparkplaner und Windparkbetreiber vor Ort. In Regionen wie Lateinamerika wird der Ausbau eines regionalen Alumni-Netzwerkes „Nachhaltiges Wirtschaften“ unterstützt, bei dem es darum geht, die Unternehmen sowohl im Sinne einer Steigerung der Wirtschaftlichkeit als auch der Umwelt- und Sozialverträglichkeit zu unterstützen.

Dr. Paust weist darauf hin, dass den Kommunen in Deutschland und weltweit eine zentrale Rolle als Transmissionsriemen nachhaltiger Entwicklung zukommt. Kommunales Engagement gegen den Klimawandel im Inland und im Ausland ist wichtig – wie schon der Agenda 21 Prozess herausgestellt hat. Kommunen haben globale Verantwortung, die sie lokal flexibel und bürgernah umsetzen können. In diesem Sinne fördert die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt die Vernetzung kommunaler Akteure, wie auch in diesem Fall durch das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften“, den Ansatz, auf kommunalem Wege Know-how, Sensibilisierungsprozesse und Formen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in die internationale kommunale Zusammenarbeit zu integrieren.

Herr Dr. Paust freut sich, dass schon viele weiterführende Schritte in die richtige Richtung besprochen worden sind. Den Ansatz auf die teilweise schon jahrelange Zusammenarbeit von Städtepartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern zurückzugreifen, beeindruckt ihn dabei sehr. Aus den Erfahrungen der InWEnt Arbeit möchte er den Engagierten unterstützend und motivierend mit auf den Weg geben, dass es sich lohnt, das Ziel der kommunalen Entwicklungsarbeit stetig zu verfolgen. Jeder Einzelne, der sich in diese Form der Projektarbeit integriert, wird neue Formen der Zusammenarbeit erleben, wird neue Erfahrungen sammeln und sensibilisiert für die vielfältigen Wege, Klimaschutz und -anpassung aktiv umzusetzen. Es ist ihm eine große Freude, dass die SKEW das Projekt unterstützen wird, da sie ein wertvolles Scharnier zwischen der kommunalen und nationalen EZ ist. Herr Dr. Paust wünscht den Teilnehmer/-innen und Engagierten für die nächsten Schritte viel Erfolg.

---

## Programm

Das Projekt wird durchgeführt in Zusammenarbeit mit:



**Moderation:** Dr. Stefan Wilhelmy (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt) und Dr. Klaus Reuter (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.)

**09:30 Uhr Begrüßungskaffee und kleiner Imbiss im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn**

**10:00 Uhr Begrüßung und Einführung**

Bürgermeisterin Angelica Maria Kappel, Stadt Bonn

Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

### Kontext

**10:25 Uhr Vom Verhandeln zum Handeln. Klima- und Entwicklungspolitik nach Kopenhagen**

Matthias Seiche, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

**10:50 Uhr Klimawandel als gesellschaftliche Herausforderung**

Dr. Susanne Böhler, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

### Einführung in die Projektidee

**11:15 Uhr Vorstellung des Projektes 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015**

Dr. Klaus Reuter/Dr. Stefan Wilhelmy

**12:00 Uhr Mittagessen**

### Vorstellung zweier bestehender Projektpartnerschaften

**13:00 Uhr Erfahrungsberichte aus Bonn über die Zusammenarbeit mit den Partnerstädten im Süden und Osten**

Bonn - Buchara

Bonn – Cape Coast

---

**Konzeptionierung des Projektes in Arbeitsgruppen****14:30 Uhr Arbeitsgruppen**

Arbeitsgruppe 1: Was können die Kommunen in eine Klimapartnerschaft einbringen? Was brauchen die Kommunen an Unterstützung für den Aufbau von Klimapartnerschaften?

Arbeitsgruppe 2: Wie lässt sich die Kooperation der Bereiche kommunaler Klimaschutz und internationale Partnerschaften innerhalb der Kommunalverwaltungen gestalten?

Arbeitsgruppe 3: Wie lässt sich die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Nichtregierungsgruppen im Rahmen der Klimapartnerschaften intensivieren?

AG 1 sowie AG 2 und 3 jeweils parallel ca. 60 min.

**Moderation der Arbeitsgruppen:**

Dr. Stefan Wilhelmy (SKEW), Dr. Klaus Reuter (LAG 21), Anita Reddy (SKEW)

**15.45 Uhr Kaffeepause**

---

**Abschlussgespräche zur Projektidee und Fortführung****16:15 Uhr Diskussion der Ergebnisse im Plenum****16:45 Uhr Festlegung weiterer Arbeitsschritte**

Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

**17:15 Uhr Schlusswort**

Dr. Sebastian Paust, Hauptgeschäftsführer der InWEnt gGmbH

---

## Publikationen

**Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.**

### **Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:**

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
- Heft 14.: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Heft 15.: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
- Heft 16.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007. [vergriffen]
- Heft 17.: Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Heft 18.: UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.
- Heft 19.: Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen: Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder. Bonn, Dezember 2008. (deutsch/englisch/chinesisch)
-

- Heft 20.: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana. Potenziale und Handlungsrahmen im Mehrebenensystem am Beispiel der Partnerschaft NRW - Ghana. Bonn, August 2008.
- Heft 21.: Hauptstadt des Fairen Handels 2009. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2009.
- Heft 22.: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene - Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Heft 23.: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Heft 24.: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Heft 25.: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010

### **Material-Reihe der Servicestelle**

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call. [vergriffen]
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004. [vergriffen]
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeams bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.

- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
- Nr. 18.: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19.: Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20.: Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 21.: Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006. [vergriffen]
- Nr. 22.: Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
- Nr. 23.: Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
- Nr. 24.: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2011.
- Nr. 25.: Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Nr. 26.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Nr. 27.: Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.
- Nr. 28.: Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 29.: Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 30.: Fünftes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 04.12.2007.
- Nr. 31.: Migration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens. Bonn, April 2008. [vergriffen]
- Nr. 32.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Studie zur Zusammenarbeit mit Burkina Faso. Bonn, April 2008.
- Nr. 33.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Stationen des Pilotprojektes 2007. Bonn – Kehl – Ouagadougou. Bonn, April 2008.
- Nr. 34.: Sechstes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - vom Projekt zum Programm. Dokumentation vom 24.09.2008
- Nr. 35.: Pressespiegel 2008. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2008.
- Nr. 36.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Workshop in Ettlingen vom 15. November 2008 (Deutsch/Französisch) [vergriffen]
- Nr. 37.: Die Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen. 1988-2009. Bonn, September 2009.
- Nr. 38.: Pressespiegel 2009, Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2009.
- Nr. 39.: Partnerschaften deutscher Kommunen am Beispiel Lateinamerika. Grundlagen, Stand und Perspektiven. Bonn, Juni 2010
- Nr. 40.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Stationen des Modellprojekts 2008-2009. Bonn, November 2010.
- Nr. 41.: Kommunale Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana. Dokumentation des Workshops vom 22.4.2010 in Köln. Bonn, Juli 2010
- Nr. 42.: 50 Kommunale Partnerschaften bis 2015. Vorstudie. Bonn, Juni 2010
-

- Nr. 43.: Pressespiegel 2010. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2010.
- Nr. 44.: Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Kommunale Partnerschaft mit Kick! Abschlussevaluierung. Bonn, Februar 2011
- Nr. 45.: Erste bundesweite Konferenz "Kommunale Partnerschaften mit Afrika" in Ludwigsburg 2010 – Dokumentation. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 46.: Siebtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt – Sparen mit dem Bürgerhaushalt? Dokumentation vom 2.2.2011. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 47.: Workshop "50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015" – Dokumentation. Bonn, Juni 2011.

### **Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle**

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
- Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (2007) [Englisch und Deutsch]

### **Sonstige Publikationen der Servicestelle:**

- Unsere Strategie. Bonn 2010.
- Konzeption der Servicestelle. Bonn 2001. [vergriffen]
- Unser Profil [Englisch und Deutsch]
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
- Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
- Erklärung von München. Schlusserklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009 (Deutsch/Englisch/Französisch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch) [vergriffen]
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005. [vergriffen]

- Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.

### **Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:**

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, [info@dwp-rv.de](mailto:info@dwp-rv.de)
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26<sup>th</sup> March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007. [vergriffen]
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007/2011.
- Documentation: Mayors Conference 2008 "Local Action for Biodiversity". Bonn 29. May 2008.
- Flyer: FairTradeTown und Hauptstadt des Fairen Handels. In Kooperation mit TransFair e.V., Köln und Bonn 2008.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen \*\*\***Eine-Welt-Nachrichten**\*\*\* der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

---



## **Über die LAG 21 NRW e.V.**

### **Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. LAG 21 NRW e.V.**

Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) ist 2001 von zahlreichen Kommunen und Kreisen, Verbänden und Institutionen, Kirchen und Gewerkschaften als Kompetenznetzwerk zur Professionalisierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse gegründet worden.

Die LAG 21 NRW versteht sich dabei als landesweite Aktionsplattform und Bindeglied zwischen Akteuren der zivilgesellschaftlichen Agenda 21-Prozesse, Politik, Verwaltung und Wissenschaft. In ihrem Handeln fühlt sich die LAG 21 NRW den Beschlüssen der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio verpflichtet und hat den Anspruch globale Nachhaltigkeitsziele für kommunales Engagement aufzubereiten und umzusetzen.

Durch zahlreiche Kampagnen und Projekte hat sich die LAG 21 in Nordrhein-Westfalen zum zentralen Ansprechpartner für kommunale Nachhaltigkeitsprozesse entwickelt und entsprechende Kompetenzen aufgebaut, die sich in folgende Arbeitsfelder untergliedern lassen:

- Netzwerken und Wissenstransfer
- Kommunale Nachhaltigkeitsmanagementsysteme
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Wir vertreten als Netzwerk die Basis der Agendaprozesse vor Ort. Dort wo die Menschen leben und arbeiten, wollen wir sozial, ökologisch und ökonomisch gerechte Prozesse einleiten. „Global denken – lokal handeln“ umschreibt unser Ziel, zukunftsfähige Lebensgrundlagen auch für kommende Generationen zu hinterlassen.

### **Unser Angebot**

Wir bringen Menschen zusammen, vertreten die Interessen unserer Mitglieder bei Verbänden, Institutionen und Politik. Wir fördern den Austausch von Ideen und Gedanken, organisieren regelmäßige Tagungen, Weiterbildungen und Kongresse. Wir führen landesweite Projekte und Kampagnen durch, um Nachhaltigkeit in das kommunale Verwaltungshandeln strategisch und langfristig zu integrieren.

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.

Deutsche Straße 10

44339 Dortmund

Fon +49 231 93 69 60-10

Fax +49 231 93 69 60 - 13

[www.lag21.de](http://www.lag21.de)

---

## Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

### Über uns

*Eine Welt beginnt vor Ort*

Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit. Das Leben der Menschen in dieser Einen Welt ist von einer nie dagewesenen Dynamik geprägt. Sie wollen Schritt halten und gleichzeitig nachhaltig Verantwortung für die Entwicklung lebenswerter Bedingungen übernehmen? Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement in Ihrer Kommune, mit Ihren Bürgerinnen und Bürgern, wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft entwickelt sich durch kommunale Partnerschaften vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Das Team steht für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen. Verknüpfen Sie Ihre Potenziale mit denen anderer.

Steigern Sie das internationale Profil Ihrer Kommune durch globales Wissen im Austausch. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

### Wir arbeiten

an den Themen der Zukunft:

- Deshalb helfen wir **kommunale Partnerschaften mit Entwicklungsländern** - aktuell mit den Schwerpunkten: **Klima, Dreiecks Kooperationen, Bürgerhaushalt, Fußball** – auf- und auszubauen.
- Deshalb unterstützen wir **Migration und Entwicklung** und arbeiten mit **lokalen Diasporen** zusammen.
- Deshalb fördern wir ein **Faires Beschaffungswesen** als kommunaler Beitrag zur Ausweitung des **Fairen Handels**.

### Wir sind

- Kompetenzzentrum für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
  - Partner für nachhaltige kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung der MDGs,
  - Förderer von Netzwerken und internationalem Know-how-Austausch mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
  - Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
  - Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen,
  - Unterstützer entwicklungspolitischer Aktivitäten für sozialen Zusammenhalt, politische Partizipation und Gleichberechtigung.
-

## Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen sowie nationale und internationale Bürgermeisterforen,
- die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- Wettbewerbe,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch vor Ort in den Kommunen,
- die Publikationsreihen Dialog Global und Material sowie Sonderveröffentlichungen als Print- und Download-Versionen,
- eine umfangreiche Homepage [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de) mit aktuellen Informationen und umfangreichen Links und Datenbanken,
- Internetportale, beispielsweise [www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org),
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / GIZ GmbH  
Friedrich-Ebert-Allee 40  
53113 Bonn

0228/4460-1600

www.service-eine-welt.de



**N** Rat für  
NACHHALTIGE  
Entwicklung



Deutscher  
Städte- und Gemeindebund



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG



Rat der Gemeinden und Regionen Europas  
Deutsche Sektion

**VENRO**

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK  
DEUTSCHE NICHTREGIERUNGS-  
ORGANISATIONEN e.V.



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion



Auswärtiges Amt



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit



d.i.e

Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik



German Development  
Institute



Die Servicestelle in der GIZ GmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und der Stadt Bonn.

**Unter Mitwirkung:** Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche

Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtenbund, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik und Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V.